

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.
Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Herausgegeben vom Vorstandsvorsitzenden.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Haupt-Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.
Inseraten-Geschäftsstelle für Süddeutschland: Annoncen-Expedition Germania, München, Hofstatt 6.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.
Schluß der Anzeigenannahme 10 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 24. Berlin, den 15. Juni 1913. 14. Jahrgang.

Unserm Kaiser!

Ein seltenes Fest — ein Kaiserjubiläum! Am 15. Juni sind es 25 Jahre, seit Wilhelm II. den deutschen Kaiserthron bestiegen hat. Das deutsche Volk nimmt freudigsten Anteil an diesem Ereignis, es ist ihm ein großer nationaler Festtag. Und die Millionen Glückwünsche, die unserem Jubelkaiser entgegen schallen, werden ein sichtbares Zeichen dafür bilden, wie eng Kaiser Wilhelm II. mit dem deutschen Volke verbunden ist.

25 Jahre deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Als nicht ganz 30 jähriger Mann mußte Wilhelm II. sie antreten. Nur 99 Regierungstage waren seinem Vater, Kaiser Friedrich III. beschieden gewesen, der, als der 91 jährige Heldenkaiser Wilhelm I. ins Grab stieg, bereits auf den Tod krank war und vergebens in San Remo Heilung suchte. Wilhelm II. mußte nun das Erbe der großen Reichsregenten, der bedeutungsvollsten Männer ihrer Zeit, übernehmen. Eine gewaltige Aufgabe. Das Erworbene erhalten und sinnvoll auszubauen, ist oftmals schwerer als der Aufbau. Hat Wilhelm II. die Hoffnungen des deutschen Volkes erfüllt? Die Antwort kann freudig mit Ja erteilt werden. Derselbe Eifer, der große Ernst und die Entschlossenheit, die ihn beim Antritt der Regierung besetzten, sind ihm während seiner 25 jährigen Regierungszeit treu geblieben. Und es ist wahr, daß Deutschland unter seiner Regierung einen glänzenden Aufschwung genommen hat.

Voll Stolz blickt das deutsche Volk zu seinem Kaiser empor. Welche Frage wohl wäre es auch, die das Interesse des Volkes berührte, woran Wilhelm II. nicht regsten Anteil genommen. Und nicht nur Anteil genommen, sondern anregend und fördernd, ja führend gewirkt.

Wir erblicken den jungen Monarchen erfüllt von hohen Idealen auf sozialem und staatlichen Gebiet. Dem Arbeiterstand als dem wirtschaftlich schwächsten Teil des deutschen Volkes wendet sich zunächst sein Interesse zu, das durch den großen Bergarbeiterstreik in 1889 intensive Anregung erhielt. Wohl waren die beiden großen Versicherungszweige, Kranken- und Unfallversicherung geschaffen. Den Erfordernissen der Zeit war damit nicht Genüge getan. Laut erschollen die Klagen der Arbeiter über ungenügenden Arbeiterschutz, mangelhafte Geltendmachung der Rechte aus dem Arbeitsvertrag und die Unterbindung der Selbsthilfebestrebungen durch das noch bestehende Sozialistengesetz. Immer dringender wurde der Ruf nach Rechten für den Arbeiterstand, dem der herrschende feudal-patriarchalische Geist, der nur Wohltaten aber keine Rechte für den Arbeiter kannte, entgegenstand. Da kam der Bruch der neuen mit der alten Zeit. Kaiser Wilhelm II. stellte sich an die Spitze der neuen Zeit, er schrieb seine erste große Tat in das Buch der Geschichte.

Am 25. Januar 1890 fiel das Sozialistengesetz. Es hatte nicht vermocht, die Sozialdemokratie aus der Welt zu schaffen. Am 4. Februar desselben Jahres erschienen sodann die bekannten Februarerlasse Wilhelm II. Sie bilden ein hervorragendes sozialpolitisches Dokument, das die Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre an die Spitze der staatlichen Aufgaben stellt. Im einzelnen gibt es an, wo der gesetzliche Arbeiterschutz einzugreifen hat. Und es wird darin betont, daß Einrichtungen zu schaffen seien, in denen die Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern und den Organen der Regierung ihre Wünsche geltend machen könnten. Dieses Dokument war das Grabgeläute für das liberale Wirtschaftsprinzip, das dem Staat verbieten wollte, sich schützend vor die Arbeiter in den privaten Betrieben zu stellen.

Nun beginnt die Ära der umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung. Sie hat bewirkt, auch wenn noch manches unvollkommen ist, daß Deutschland damit an der Spitze der kultivierten Staaten der Welt marschiert. Da die

Februarerlasse zugleich die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz enthielten, die seit dieser Zeit verschiedentlich getagt hat, wurde die Propaganda für den gesetzlichen Arbeiterschutz auf internationale Basis gestellt. Sie hat manche gute Frucht getragen.

Das ist das Verdienst Kaiser Wilhelm II. Ihm gebührt dafür der Dank der deutschen Arbeiterschaft.

Und jetzt ein anderes. In die Regierungszeit Kaiser Wilhelm II. fällt der glänzende wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands. Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft nehmen einen ungeahnten Aufschwung. Von 1872 bis 1890 bleibt die Ein- und Ausfuhr Deutschlands auf ziemlich gleicher Höhe. Die Bevölkerung dagegen ist in der nämlichen Zeit von 41 auf 49 Millionen gestiegen und wächst weiter. Dieser Umstand, verbunden mit dem starken Zaten- und Ausdehnungsdrang unserer Industrie, fordert eine größere Entfaltung. Deutschlands Eintritt in die Weltwirtschaft erfolgte — nicht ohne feindliche Gegenströmung — und heute steht es darin an führender Stelle. Die Ein- und Ausfuhr stieg von 8 Milliarden Mark in 1890 auf 19 Milliarden in 1911. In der gleichen Zeit stieg die Bevölkerung von 49 auf 65 Millionen. Trotzdem ging die Auswandererziffer zurück, die Zahl der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter dagegen stieg enorm.

Kaum ein zweiter hat diese Entwicklung so klar vorausgesehen, wie Wilhelm II., und er hat sie bewußt gefördert.

Seiner Initiative ist die Entstehung der deutschen Flotte zu danken. Sie galt ihm als die Grundlage der Entwicklung unseres Handels, der ohne eine starke Flotte schutzlos in der Welt stände. Er bewirkte den Ankauf Helgolands, das von England gegen die Insel Sansibar (Ost-Afrika) eingetauscht wurde. Heute ist Helgoland ein starker Schutz für die deutschen Nordseehäfen. Geradezu als ein Pfahl im Fleische Deutschlands müßte es empfunden werden, befände sich die Insel noch in englischem Besitz. Der Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde fertig gebaut, der die Ostsee mit der Nordsee verbindet. Zugleich wurde die Kolonialpolitik eingeleitet, die mit den Jahren an Ausdehnung zugenommen hat. Der deutsche Kolonialbesitz hat heute einen über fünf mal größeren Umfang wie das deutsche Reich selbst.

Die Entwicklung Deutschlands konnte diese Wege gehen, weil ihr von hoher Hand freie Bahn und starker Schutz geschaffen wurde. Die Wehrung des Volkswohlstandes nimmt die Kurve noch aufwärts. Der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse fällt mit der Regierungszeit Kaiser Wilhelm II. eng zusammen.

Kein Interessengebiet an dem unser Kaiser nicht lebhaften Anteil genommen. Und wie er den wirtschaftlichen Ständen Anregung gab und sie förderte, so auch in hervorragendem Maße die Kunst und die Wissenschaft. Als höchstes Ideal aber galt und gilt ihm der Frieden des Landes. Nicht nur durch die Stärkung unserer Heeresmacht sucht er ihn zu erhalten, sondern auch durch gute persönliche Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten. Nur unter dem langjährigen Frieden war die heutige Entwicklung unseres Vaterlandes möglich. Wilhelm II. hat seine ganze Kraft dafür aufgebunden, seinem Volke den Frieden zu gewährleisten. Als ein ganzer Mann steht er vor uns. Ein starker Charakter, dessen Herz ein hoher Gerechtigkeitsföhrer erfüllt, und der seine große Begabung und seine ganze Kraft in den Dienst seines Volkes stellt. Und wie er, so ist die ganze kaiserliche Familie eine Zierde des deutschen Volkes.

Voll Verehrung blicken wir zu unserem Kaiser empor und bringen ihm aus ehrlichem Arbeiterherzen die herzlichsten Glückwünsche zum Silberjubiläum dar.

Möge ihn Gott noch recht lange erhalten, zum Segen und Wohle des deutschen Volkes.



Zur Lage des Baumarktes.

Rückblick. — Der teure Geldstand. — Konjunkturfragen. — Preisrückgänge am Eisenmarkt. — April und Mai. — Frieden im Baugewerbe.

Ein erster Bericht über die Lage des Baugewerbes innerhalb eines Monats kann sich nicht damit begnügen, die Ereignisse aufzuzählen, die sich in diesem kurzen Zeitraum abgespielt haben. Denn daraus würden sich keine Schlüsse für den wahrscheinlichen weiteren Verlauf der Dinge ziehen lassen; und es ist doch der Zweck dieser Ubersichten, aus der Betrachtung der verflochtenen Periode wenigstens soweit eine Erkenntnis für die Zukunft zu gewinnen, daß man nicht allzusehr von den kommenden Geschehnissen überrascht werden kann. Nur wenn wir die Gegenwart an die Vergangenheit anknüpfen, finden wir den Faden, der uns in die Zukunft hineinleitet. Ein Rückblick auf das Jahr 1912 wird das bestätigen.

Schon das vergangene Jahr war dem Baugewerbe nicht günstig, wie unter anderem die Berichte des Reichsarbeitsblattes deutlich erkennen lassen. Das lag zum Teil an den ungünstigen Verhältnissen auf dem Grundstücksmarkt, namentlich in Berlin richteten Zusammenbrüche und Sanierungen großer Terraingesellschaften Anstoß an und warfen ihre Wellen bis in die Kreise der kleinen Bauunternehmer und Lieferanten. Auch die nicht vorausgesehenen Folgen der Wertzuwachssteuer mögen zu der Depression im Baugewerbe beigetragen haben. Aber das alles ist nicht das Wichtigste, ist vielleicht sogar nur die Folge einer anderen Erscheinung, die nicht in der Lage des Baumarktes selbst begründet, sondern durch die allgemeine industrielle Konjunktur verursacht ist, nämlich der Geldknappheit. Der Kassenabzug für den Wert des Geldes ist der Diskontsatz der Reichsbank. Er ist seit der letzten Wirtschaftskrise im Jahresdurchschnitt beständig in die Höhe gegangen. Deshalb? Nun, das flüchtige Geld, das sich in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs am Geldmarkt angesammelt hatte, weil es infolge der allgemeinen Zurückhaltung keine rentable Anlage finden konnte, strömte mit dem Wiedereinsetzen der günstigeren Konjunktur den einzelnen Industrien zu, die es in Maschinen und Fabriken investierten, um es in Form von Löhnen und Dividenden wieder auszuspielen. Je lebhafter der Aufschwung sich gestaltete, desto stärker wurde die Nachfrage nach Geld, so daß das Angebot schließlich nicht mehr gleichen Schritt halten konnte. Die Folge war, daß der Zinssatz allmählich in die Höhe ging. Darunter litten die Gewerkschaften, die keine so hohen Erträge abwerfen, daß sie die gestiegene Zinslast durch vermehrte Gewinne wieder einholen könnten, in erster Linie das Baugewerbe. Die verfügbaren Mittel der Volkswirtschaft strömten, statt sich in Baugeld und Hypotheken zu verwandeln, der Groß- und Montanindustrie zu. Das Baugewerbe war der Leidtragende. Der Balkankrieg mit seiner Senkung und Unsicherheit hat diese Lage nur noch verschärft, nicht erst geschaffen. Die große Frage für das Baugewerbe ist also die: Wird die industrielle Hochkonjunktur noch lange anhalten oder nicht? Beantwortet man diese Frage mit ja, so ist die notwendige Folge, daß die unbesriedigende Lage des Baumarktes weiter anhält, da eben das Geld fehlt, um über den dringenden Bedarf hinaus Bauten zu errichten. Abgesehen vom Geldmangel, ist die Lage am Baumarkt gar nicht so ungünstig, da gerade infolge der langen Zurückhaltung der Zugang an Wohnungen gering war, infolgedessen die Zahl der leerstehenden Wohnungen im Verhältnis zum Bestand abgenommen hat, und der Verkauf mit der Zeit immer bringlicher werden muß. Andererseits: Zeigt sich die Kunde des industriellen Aufschwungs noch nicht, so stehen die Geschäftskassen aus der Industrie leer und werden sich nur langsam mit geringem Risiko zu, also zum großen Teil dem Hypothekemarkt, aus dem dann das Baugewerbe frische Kräfte schöpft.

Mit der Prüfung dieser für das Baugewerbe so wichtigen Frage: Rückgang oder Fortdauer der Hochkonjunktur, werden wir uns der Gegenwart zu. Eine Antwort zu geben, ist denkbar schwierig und wird noch kompliziert durch die Einflüsse der politischen Lage auf die wirtschaftliche Entwicklung. Doch verschwinden allmählich die politischen Spekulationen, und die ökonomischen Tatsachen treten in den Vordergrund des Interesses, auch an den Börsen. Im Laufe des Monats Mai kamen von den verschiedenen Seiten, namentlich vom belgischen und amerikanischen Eisenmarkt, Nachrichten von Preisrückgängen, die bei den Fertigfabrikanten auf Halbzeug übergriffen. Auch die deutschen Eisenwerke haben keine Aufschwungskurve erreicht. All das hat denjenigen, die schon immer von einem Rückgang der Konjunktur sprachen, als Beweis ihrer Behauptung gedient, und die

Montantwerte haben fast alle den Mai um einige Prozente niedriger verlassen. Demgegenüber ist aber zu erwägen, daß die Preisrückgänge nicht gar so bedeutend sind und daß, auch die reduzierten Preise den Werken immer noch einen guten Gewinnspielraum lassen. Ferner aber, was schwerer wiegt, bei stärkeren Preisreduktionen würde der bisher zurückgehaltene Bedarf plötzlich am Markte erscheinen und zum mindesten ein weiteres Sinken aufhalten, wenn nicht gar die Preise wieder nach oben schieben. Denn die Vorräte sind überall äußerst gering und die geforderten Lieferfristen sehr kurz, ein Beweis, daß nur der dringendste Bedarf eingedeckt wird. Es läßt sich nach allem auf unsere Frage ein klares Ja oder Nein nicht antworten, aber die nächste Zeit muß die Entscheidung bringen, und damit auch dem Baugewerbe Gewißheit über die Zukunft geben.

Am Baumarkt selbst hält die schlechte Geschäftslage an. Für den Mai liegen Zahlen noch nicht vor. Aber im April kamen auf hundert Mitglieder der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Fachverbände 15,3 Arbeitslose gegen 7,2 im April 1912, also eine Verschlechterung um mehr als das Doppelte. Dadurch wird natürlich die Durchschnittszahl für sämtliche Gewerbe nicht unerheblich beeinflusst: Auf 100 offene Stellen des Verbandes der Arbeitsnachweise kamen im April 1913 123,48 Arbeitsuchende gegen 116,72 im gleichen Vorjahrsmonat, also ebenfalls eine merkliche Verschlechterung. Ein erfreuliches Ereignis der letzten Zeit ist der endgültige Abschluß der Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Denn auch dadurch die Bautätigkeit kaum in größerem Maße angeregt werden dürfte, so ist doch gewiß, daß durch die Verhütung eines gewerkschaftlichen Streites von solcher Ausdehnung dem Baugewerbe viele Mittel und Kräfte erhalten geblieben sind, die es sonst anderenfalls im Kampfe verbraucht hätte.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) und seine Fachabteilungen im Jahre 1912.

Die Entwicklung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) bewegte sich nach dem vorliegenden Kassenbericht im Jahre 1912 in der gleichen Bahn wie im Vorjahre: Steigerung der dem Verband angeschlossenen Vereine, Stagnation der Gesamtmitgliedszahl, Rückgang der Gesamteinnahme und der Einnahmen aus den regelmäßigen wöchentlichen Mitgliedsbeiträgen. In der Finanzgebarung des Verbandes findet sich der Durchschnittsarbeiter — und für diese sollte sie doch aufgestellt sein — kaum zurecht, da sie eine recht wenig klare und übersichtliche ist. Auch hier sei zum Verständnis der nachfolgenden Zusammenstellungen vorausgeschickt, daß man es im Verbands der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) mit folgenden Institutionen und Kassenrichtungen zu tun hat: 1. Verband, 2. Männersterbekasse, 3. Frauensterbekasse, 4. Fachabteilungen. Dazu kommt dann noch die Bezirkskasse und eine Kasse der Jugendlichen. In dem Jahresabschluß erscheinen die verschiedenen Kassenarten halb zusammen, bald getrennt; dann wird das Bild noch verwirrt durch eine Anzahl durchlaufender Posten, die in der öffentlichen Abrechnung an sich nichts zu tun haben, wie auch durch die Art, wie die gegenseitigen Verwaltungskosten aufgerechnet werden, der Jahresabschluß nicht an Klarheit gewinnt.

Die Zahl der dem Verbands angeschlossenen Vereine stieg von 1241 in 1911 auf 1278 in 1912. Die Mitgliederzahl dagegen, die im Jahre 1911 mit rund 128 000 angegeben war, hat sich, wie der Geschäftsbericht bemerkt, „gegenüber dem Vorjahr nicht verändert“.

Die Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Institutionen und Kassenarten des Verbandes betragen:

Jahr	Tatsächliche Einnahmen	Tatsächliche Ausgaben
1909	878 381,69	841 190,96
1910	867 012,73	814 000,25
1911	774 140,96	729 327,86
1912	746 752,95	681 696,38

Die tatsächliche gesamte Einnahme ist somit über 30 000 gegen 1911 und um 135 000 gegen 1909 zurückgegangen. Die tatsächliche Ausgabe derselben Zeit um 50 000 M resp. um 162 000 M .

Die Gesamteinnahmen gliedern sich folgendermaßen:

Jahr	Regelm. wöchentl. Mitgliedsbeiträge zu den verschied. Kassenarten	An Zinsen	Aus Zinsen an Arbeiter	Sonstige Einnahmen
1909	825 380,58	9 689,80	29 260,02	14 051,29
1910	804 812,47	11 686,70	32 458,81	18 054,75
1911	710 895,64	14 461,85	32 124,82	16 658,65
1912	684 372,44	16 501,08	28 710,83	17 148,60

Die „Sonstigen Einnahmen“ setzen sich zusammen aus den Beiträgen überaltiger Mitglieder und der Witwen, den Abbonnementsgeldern von den Verbandsorganen usw.

Der Verbandskasse obliegt in der Hauptsache die Bestreitung der Verwaltung und der Verbandsorgane. Sie vereinnahmte und verausgabte:

Jahr	Einnahmen aus den wöchentlichen Mitgliedsbeiträgen	Sonstige Einnahmen	Gesamt-Ausgaben	Vermögen
1909	280 372,71	155 464,49	432 016,52	9 701,89
1910	266 260,06	163 585,64	417 273,22	22 274,37
1911	257 213,55	147 005,57	411 484,55	15 008,94
1912	252 988,70	132 879,56	381 866,68	19 009,89

Die Zusammenfassung der „Sonstigen Einnahmen“ besteht in der Hauptsache aus durchlaufenden Posten, die als Verwaltungsbeitrag der anderen Kasseneinrichtungen überschrieben wurden. Auch unter den Gesamtausgaben befinden sich eine Reihe durchlaufender Posten.

Die Kasse der Verbandsbezirke, aus welcher die Unterhaltung der Arbeitersekretariate bis auf einen geringen Betrag für andere Zwecke (Bezirkspräsidentenkonferenzen, Unterrichtskurse usw.) bestritten wird, weist folgendes Resultat auf:

Jahr	Beiträge der Mitglieder	Zufluß der Verbandskassen	Ausgaben	Defizit
1909	101 075,86	8 000,—	99 538,44	12 717,90
1910	111 821,59	8 000,—	110 821,40	3 717,71
1911	108 217,28	7 154,25	111 653,82	—
1912	106 583,54	—	109 352,55	2 769,01

Nun zu der Männersterbekasse, deren Finanzgebarung uns folgendes Resultat zeigt:

Jahr	Abgibtliche Mitgliedsbeiträge	Zinsen und Beiträge überaltiger Mitglieder	Ausgehende Sterbeunterstützung	Ausgaben für Verwaltung	Jährlicher Vermögensüberschuß
1909	129 625,97	9 522,88	93 883,80	13 915,83	29 548,33
1910	129 540,52	8 597,41	96 817,36	13 903,29	27 444,93
1911	125 233,80	14 743,78	102 210,37	14 121,70	22 323,91
1912	122 950,54	14 493,50	99 832,00	13 744,40	23 508,95*

Der Rückgang in dem jährlichen Vermögensüberschuß, der in 1907 noch 40 000 M betrug, hat in dieser Kasse einen vorläufigen Stillstand gefunden, der Uberschuß hat sich vielmehr im letzten Jahre sogar um ein geringes gesteigert. Ob dieser Zustand ein dauernder bleibt, muß die Zukunft lehren. Das Vermögen der Männersterbekasse ist von 291 011,69 M in 1911 auf 314 520,63 M gestiegen. Auf den Kopf des Mitgliedes entfällt ein Betrag von zirka 2,46 M .

Die Frauensterbekasse befindet sich in einer sehr ungünstigen Position:

Jahr	Abgibtliche Mitgliedsbeiträge	Zinsen, Beiträge d. Witwen u. überaltiger Mgl.	Ausgehende Sterbeunterstützung	Ausgaben für Verwaltung	Jährlicher Vermögensüberschuß
1909	64 812,99	8 070,95	55 724,55	7 288,39	9 267,39
1910	64 770,28	13 521,90	66 489,75	7 829,21	3 973,22
1911	62 616,90	11 926,52	66 933,30	7 454,34	95,78
1912	61 475,28	10 127,98	67 762,90	7 160,32	Defizit 3 319,98

Der Gesamtvermögensstand ist von 64 322,75 M in 1911 auf 61 002,79 M zurückgegangen. Auf den Kopf des Mitgliedes entfällt ein Vermögensbestand von nicht ganz 48 Pf.

Die Fachabteilungen, d. h. jene Einrichtung, die die gewerkschaftliche Organisation der Verbandsmitglieder versehen soll, haben abermals einen erheblichen Rückgang erfahren. Es betrugen ihre Einnahmen und Ausgaben:

Jahr	Beiträge der Mitglieder	Zinsen	Ausgaben	Vermögen
1909	244 670,74	—	260 070,23	106 887,33
1910	226 829,28	—	227 026,92	106 689,69
1911	154 346,70	—	127 517,89	133 518,50
1912	139 187,64	2 893,58	98 109,44	177 089,56*

Die Mitgliederzahl der Fachabteilungen beträgt nach dieser Einnahme an Mitgliedsbeiträgen bestimmt keine 10 000 mehr. Zum ersten Male werden auch Zinsen von dem schon seit einer Reihe von Jahren über 100 000 M betragenden Vermögen angeführt.

* Zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Männersterbekasse und dem Vermögensüberschuß liegt eine Differenz von 300 M , um die entweder der Ausgabe- oder der Vermögensüberschuß höher sein müßte, für die ich keine Erklärung finden konnte. Dasselbe trifft bei der Kasse der Fachabteilungen mit 400,70 M zu. Hier dürfte die Differenz in den Spesen für angekaufte Wertpapiere liegen, was jedoch nicht genau ersichtlich ist.

Die Kasse der Jungendlichen vereinnahmte 1187,37 M und verausgabte 1142,78 M. Ihr Vermögensbestand beträgt 892,83 M.

Die Ausgaben sämtlicher Kasseneinrichtungen des Verbandes gliedern sich folgendermaßen:

Jahr	Meine Geldunterstützungen an Mitglieder	Verbandsorgan	Bewaltung, Verwaltung, Bibliothek, Unterrichtszwecke usw.	Bolzbeitrag an die örtlichen Vereine
1909	349 363,08	119 048,76	226 782,30	145 996,82
1910	325 846,44	124 251,09	232 278,49	131 624,23
1911	251 805,76	121 596,70	226 396,76	126 528,64
1912	229 359,73	121 611,81	207 214,18	123 510,64

Das Gesamtvermögen des Verbandes mit seinen verschiedenen Kassennarten stieg von 504 710,12 M in 1911 auf 569 746,71 M in 1912. Es entfallen auf den Kopf des Mitgliedes 4,45 M. Da das Vermögen der Fachabteilungen jedoch seiner besonderen Bestimmung wegen von dem der reinen Arbeitervereine in Bezug zu bringen ist, entfällt auf letztere ein Vermögensbestand von 392 657,13 M, oder 2,58 M auf den Kopf des Mitgliedes.

Angesichts des aus diesem Bericht ersichtlichen Entwicklungsganges des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) dürfte es interessieren, was der Geschäftsbericht hierzu vermerkt. Es heißt da:

„Diese kurzen Zahlen und der in größter Ausführlichkeit Ihnen vorliegende Bericht der einzelnen Kassen ... beweist, wie unwahr die böswilligen Angriffe der großen und kleinen Gegner des Verbandes im verflossenen Jahre waren, die da den „Erzshütterten“ spielten und Klagen umhergingen, so besonders in berühmten Zeitungsredaktionen, wo es heuchlerisch hieß „Der Verband geht zugrunde, er bricht zusammen.“ Also auch diese Manöver gegen die katholische Arbeiterorganisation haben absolut nicht verfangen. Das Jahr 1912 hat ja noch bessere Ergebnisse aufzuweisen, als das vorhergehende Berichtsjahr, über das jene Lamentationen angestimmt wurden.“

Dieses Gerede paßt sehr schlecht zu den vorher mitgeteilten Ziffern, die in den Einnahmen auf der ganzen Linie eine rückläufige Entwicklung nachweisen. Und aus den Einnahmen ist letzten Endes der allein zuverlässige Maßstab für die Mitgliederentwicklung zu ziehen.

Ein kurzes Wort zu den im Geschäftsbericht des „Berliner“ Verbandes angeführten „gewerkschaftlichen Erfolgen“. Soweit ich dieselben nachzuprüfen vermag, handelt es sich fast reiflos um die Erfolge der „Streitorganisationen“. Ich führe aus genauer Kenntnis aus dem Baugewerbe an die Orte Schneidemühl, Breslau, Oppeln, Meise, Chemnitz, Hettlingenstadt, Koblenz und Trier. Von allen diesen Orten sagt der Bericht, daß die Maurer und Zimmerer auf Grund der im Jahre 1910 im Baugewerbe abgeschlossenen Tarife eine Lohnerhöhung von 2 Pf. in 1912 erhalten haben. Liegt zunächst der Erfolg im Jahre 1910 und nicht in 1912, der nur automatisch nachwirkt, so hat der „Berliner“ Verband an ihm nicht den allergeringsten Anteil. Er war vielmehr die Frucht der großen Ausperrung im Baugewerbe in 1910. Damals hat der „Berliner“ Verband den in den Kampf verwickelten Gewerkschaften nicht nur Schwierigkeiten bereitet, sondern er hat auch ihren Erfolg nach dem Maße möglichst verkleinert. Heute dagegen versucht er sich aus einem selbst erkennbaren Bedürfnis heraus selbst mit zu brüsten. Der „Berliner“ Verband hat an diesen Tarifen nur den Anteil, daß er sich ihnen, als sie fix und fertig waren, anschloß, teilweise ohne Mitglieder. Auf die übrigen im Bericht angeführten „gewerkschaftlichen Erfolge“ will ich nicht eingehen; mit ihnen ist es in der Regel nicht anders bestellt.

Diesen „Erfolgen“ aber wird in dem Bericht als Leistung vorausgesetzt, daß sie

„den Beweis erbringen, daß die nach den Grundsätzen der katholischen Kirche im Geiste des Friedens arbeitende katholische Berufsorganisation mindestens ebenbürtig, wenn nicht besser, als jede andere Arbeiterorganisation die Interessen der Arbeiter zu wahren imstande gewesen ist. Es ist das Resultat der Arbeiten unserer opferwilligen Berufsgruppen, wie auch der Lohn für die Treue gegenüber der Kirche.“

In dem Munde jener, die sich so offensichtlich mit den Federn anderer schmücken, und zwar mit denen der „Streitorganisationen“, wirken solche Worte besonders „erbauend“. Ich stelle fest: der „Berliner“ Verband, der jahraus, jahrein die „Streitorganisationen“ bekämpft und anseindet, scheut sich nicht, die offensichtlichen Erfolge dieser Organisationen fälschlicherweise für sich zu reklamieren. Die dieses Verhalten mit der Pflicht der Wahrhaftigkeit gegenüber den Mitgliedern und der Deutlichkeit begründet werden kann, ist jedenfalls das Geheimnis von „Sitz Berlin“.

N. Feder, im „Zentralblatt“.

„Wie die Kirche Arbeiter brotlos macht.“

Unter dieser Überschrift hat die Kölner Zeitung des „freien“ Bauarbeiterverbandes in der Nr. 126 der „Rheinischen Zeitung“ einen Artikel verbrochen, der zurzeit durch den ganzen roten Blätterwald in Deutschland die Runde macht. In dem Beschreibsel wird ein Klagestück darüber angestimmt, daß am Erweiterungsbau der St. Josephskirche in Ehrenfeld einige Mitglieder (Hilfsarbeiter) des genannten Verbandes entlassen worden seien, und daß hinter dieser Entlassung der christliche Bauarbeiterverband stehe. Des Weiteren weiß der Artikelschreiber zu erzählen, daß am Kirchenneubau in Nippes peinlich darauf geachtet würde, daß nur christlich organisierte Bauarbeiter Beschäftigung fänden und daß, wenn nicht genügend christliche Arbeiter vorhanden wären, solche von auswärts herangeholt würden, trotzdem in Köln genügend einheimische Arbeitslose vorhanden wären. — Der Raum der „Baugewerkschaft“ wäre uns zu einer Erwiderung zu schade, wenn wir nicht wüßten, daß die „graue“ Gesellschaft nun des öfteren das Gesprächsthema auf den Baustellen bilden wird.

Das Ganze ist ein plummes Agitationsmanöver. Die hiesige „Genossen“leitung hat in einer starken Anwendung der Sauregurkenzeit, nachdem die Tarifbewegung so friedlich verlaufen ist, sich veranlaßt gesehen, mal etwas Leben in die Sübe zu bringen.

Gegen die Verleumdungen sehen wir uns gezwungen, folgendes festzustellen:

1. Im dem Erweiterungsbau der Kirche St. Joseph in Ehrenfeld sind von 14 derselbst beschäftigten Maurern und Hilfsarbeitern nur zwei Mitglieder unseres Verbandes. Des Weiteren konnte Kollege Becker heute morgen an der besagten Baustelle feststellen, daß nach der Entlassung der „frei“ organisierten Hilfsarbeiter kein Mitglied unseres Verbandes eingestellt worden ist. Das ist die beste Widerlegung des Geschwafels der sozialdemokratischen Verbandsleitung. Von der Entlassung einiger „frei“ organisierter Hilfsarbeiter haben wir erst durch den Artikel in der „Albin“ Zeitung erfahren, und müssen wir es als eine Unverschämtheit bezeichnen, daß man uns mit der Entlassung in Zusammenhang bringt.

2. Am Kirchenneubau in Nippes sind 6 Maurer und 4 Hilfsarbeiter unseres Verbandes und 8 Maurer und 10 Hilfsarbeiter des „freien“ Verbandes beschäftigt. Des ferneren ist es unwahr, daß unsrerseits von auswärts Kollegen herangezogen wurden.

3. Der „freien“ Verbandsleitung ist es nicht darum zu tun, einheimischen arbeitslosen Bauarbeitern zu Arbeit zu verhelfen. Es ist bei den hiesigen Bauarbeitern eine bekannte Tatsache, daß die zugereisten Mitglieder des Genossenverbandes im Volkshaus Arbeit nachgewiesen bekommen, während vielfach Einheimische wochenlang arbeitslos herumhanteln. So hatten wir noch kürzlich fest, daß an den Wohnhausbauten der St. Columbasparre, wo mit einer einzigen Ausnahme nur „frei“ organisierte Maurer und Hilfsarbeiter beschäftigt wurden, mindestens ein halbes Duzend unverheirateter Hamburger Maurer am Arbeiten waren, während zur selben Zeit hunderte einheimische, verheiratete Mitglieder des „freien“ Verbandes arbeitslos waren.

Zusammenfassend stellen wir hiermit fest: an allen Kirchenbauten, die in den letzten Jahren in Köln und Umgebung errichtet wurden, waren in der überwiegenden Zahl sozialdemokratische Bauarbeiter beschäftigt. Beim Kirchenneubau in Schlebusch-Ranfart, der zurzeit ausgeführt wird, sind nur Mitglieder des „freien“ Verbandes beschäftigt.

Diese Tatsachen beweisen wohl am besten, was es mit dem Geschrei in der sozialdemokratischen Parteipresse auf sich hat.

Eins wollen wir aber hier noch feststellen, nämlich daß da, wo die „Genossen“ das Heft in Händen haben, sie nicht dulden, daß Mitglieder unseres Verbandes Beschäftigung finden. So wurden an den Bauten der Kaufmannsgenossenschaft „Hoffnung“ alle Arbeitgeber verpflichtet, nur „frei“ Organisierte zu beschäftigen.

Dann aber wollen wir nicht verschweigen, darauf hinzuweisen, daß wir es sehr wohl verstehen können, wenn Mitglieder unseres Verbandes in den konfessionellen Vereinen sich darüber beklagen, daß selbst an Kirchenbauten die Sozialdemokraten in so offensichtlicher Weise bevorzugt werden. Letzten Endes haben doch die Mitglieder unseres Verbandes ebensogut ein Anrecht darauf, an Kirchenbauten Beschäftigung zu finden, als die „Genossen“.

Zum Schluß sei bemerkt, daß es der gesamten Kölner Bauarbeiterschaft doch recht eigenartig vorkommen muß, daß, nachdem soeben die Tarifbewegung ihre Erledigung gefunden hat, die Zeitung des „freien“ Verbandes dazu übergeht, die Kollegen auseinanderzuheizen. Für jeden Kenner der Sachlage ist dieses aber zu verstehen, es gibt

eben Personen, die ohne Hege nicht zu leben vermögen. Wir haben uns damit abzufinden: Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

In die Falle gegangen.

In Nr. 17 der „Baugewerkschaft“ brachten wir einen mit „Ein Streikgesetz“ überschriebenen Artikel, der u. a. Angaben über das Zustandekommen einer Ausperrung enthielt. Was darüber gesagt war, konnte natürlich nicht unsere erstliche Ueberzeugung sein. Das wird jeder herausgefunden haben, der den Charakter unseres Blattes auch nur einigermaßen kennt. Der Artikel war, wie unsere Mitglieder sicher auch sofort bemerkt haben, nichts weiter als eine der Arbeitgeberpresse gestellte Falle. Die ganze Aufmachung des Artikels zeigte das auch ziemlich offenkundig. Wir hielten es deshalb auch nicht für sehr wahrscheinlich, daß ein Arbeitgeberblatt darauf hereinsinken könnte. Wie aber die Nr. 15 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände, beweist, haben wir darin die Intelligenz der Arbeitgeberpresse etwas zu hoch eingeschätzt. Das erwähnte Blatt befaßt sich nämlich ganz ernsthaft und ohne daß ihm dabei die geringsten Bedenken gekommen zu sein scheinen mit unserem Artikel, wobei natürlich die pikante Feststellung nicht fehlt, daß so etwas in einem „sich christlich nennenden“ Gewerkschaftsblatt stehen konnte.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ wird nicht wenig erstaunt sein, wenn wir ihr verraten, daß der Artikel „Ein Streikgesetz“, abgesehen von der Einleitung, wörtlich der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe“ entnommen ist, die ihn in ihrer Nr. 12 vom 23. März 1912 gebracht hat. Nur hatten wir uns den Scherz erlaubt, an Stelle Streik Ausperrung, und statt der Worte Arbeiter und Gewerkschaftsleiter Arbeitgeber und Arbeitgeberleiter zu setzen und noch einige andere kleine Wortveränderungen vorzunehmen. Folgende Gegenüberstellung zeigt das:

In der „Arbeiter-Zeitung“ f. d. B.“

„Ein Streik entsteht durchaus nicht aus dem Grunde, weil die Löhne zu niedrig sind oder die Arbeitszeit eine zu lange ist oder die Arbeiter sonst aus irgendeinem Grunde unzufrieden wären; nein, ein Streik entsteht auf ganz anderem Wege. Die Zentrale der Arbeiterorganisationen, die doch hier und da einen Beweis ihrer Daseinsberechtigung geben muß, sagt sich: „Im vorigen Jahre haben wir an der und der Stelle im Deutschen Reich Störungen in Szene gesetzt, jetzt in diesem Jahre wollen wir an dem und dem Plage den Hebel einlegen.“ Nun werden so und so viele Medner von der Arbeiter-Organisationszentrale an den betreffenden Platz geschickt, die Tag und Nacht die Arbeiter bearbeiten, große Versammlungen abhalten und den Arbeitern absolut keine Ruhe lassen, bis sich eine Anzahl junger Leute zusammenschließen und die von der Arbeiter-Organisationszentrale und ihren Agitatoren ausgehenden Ausperrungen in die Tat umsetzen. So entsteht der Streik! Nun werden in der Regel die unvernünftigsten Bedingungen seitens der sogenannten Streikleitung aufgestellt, die oft durchaus nicht in Frage kommen, weil das damit Verlangte schon längst vorhanden ist, und die als „Wünsche“ nur gestellt werden, um bloß eine Differenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen.“

In der „Baugewerkschaft“:

„Eine Ausperrung entsteht durchaus nicht aus dem Grunde, weil die Löhne zu hoch, die Arbeitszeit zu kurz oder die Arbeitgeber sonst aus irgendeinem Grunde unzufrieden wären; nein, eine Ausperrung entsteht auf ganz anderem Wege. Die Zentrale der Arbeitgeberorganisationen, die doch hier und da einen Beweis ihrer Daseinsberechtigung geben muß, sagt sich: „Im vorigen Jahre haben wir an der und der Stelle im Deutschen Reich Störungen in Szene gesetzt, jetzt in diesem Jahre wollen wir an dem und dem Plage einlegen.“ Nun werden so und so viele Vertreter der Arbeitgeberorganisationen an den betreffenden Ort geschickt, die Tag und Nacht die Arbeiter bearbeiten, geheime Sitzungen abhalten und den Arbeitgebern absolut keine Ruhe lassen, bis sich eine Anzahl derselben meist solche, die nichts oder nicht viel zu verlieren haben, zusammenschließen, die weiterwüteln und die von der Arbeitgeber-Organisationszentrale und ihren Agitatoren ausgehenden Ausperrungen in die Tat umsetzen. So entsteht die Ausperrung! Nun werden in der Regel die unvernünftigsten Bedingungen seitens der sogenannten Ausperrungsleitung aufgestellt, die oft durchaus nicht in Frage kommen, weil das damit Verlangte schon längst vorhanden ist, und die als „Wünsche“ nur gestellt werden, um bloß eine Differenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen.“

Wenn wir auf den Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe“ auf diese Art antworteten, dann läten wir das, um einmal ad oculos zu demonstrieren, mit welchen Mitteln eine gewisse Unternehmensepresse die Hege gegen die Arbeiter betreibt. Aber auch, um einmal an einem greifbaren Beispiel zu zeigen, wieviel totes Zeug diese Presse ihrem Vertriebs ungekraft vorsetzen kann. Sich damit noch lächelnd aneinander zu setzen, ist natürlich eine Unmöglichkeit. Man geniert sich fast, derlei „Geistes“produkte zu lesen und fragt sich immer wieder: Wie konnte so etwas gedruckt werden? Leider sind Artikel wie der obige längst keine Einzelerscheinungen mehr. Wer sich die Mühe machen wollte, könnte bei gewissen Unternehmerrblättern dergleichen feststellen. Daß dadurch der soziale Friede der deutschen größten Beschäftigung angefeht wird, steht außer Frage.

Das entsprechende Echo aus der sozialdemokratischen Presse befehrt darüber.

Der „Deutschen Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe“ aber mag der Herrinfall ihrer Kollegin, bei dem der tatsächlich blamierte ja recht eigentlich sie selber ist, Unlaß sein, bei der Bekämpfung der Arbeiter und ihrer Organisationen künftig etwas vorzichtiger zu sein. Sie ist doch wohl selber keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß das Urteil der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ über den Artikel, das diese fälschlicherweise an unsere Adresse richtete, weil sie annahm, der Artikel stamme wirklich von uns, nur sie trifft. Wir setzen das Urteil hierher, wobei wir anstatt „Arbeiter“, „Arbeitgeberorgane“ schreiben und das dann folgendermaßen lautet:

„Wie gering aber müssen diese Arbeitgeberorgane von der Intelligenz ihrer Leser denken, wenn sie es wagen, ihnen solche Märchen aufzubinden! Die Arbeiter haben natürlich ihre Gewerkschaften nur gegründet, um hin und wieder Streiks vorzunehmen, durch die sie sich selbst die schwersten Schädigungen zufügen; sie treiben ihre gewerkschaftliche Tätigkeit nur als einen munteren Sport, bei dem es hauptsächlich darauf ankommt, allerhand amüsante Unterbrechungen und Ueberraschungen vorzunehmen! Ach nein, so liegt die Sache wirklich nicht! Stillschweigend werden auch die Leser der „Deutschen Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe“, sofern sie sich nur ein Restchen eigener Vernunft bewahrt haben, zur Einsicht kommen, daß der Streik ein Mittel ist, welches die Arbeiter nur sehr ungern und im äußersten Notfall ergreifen, wenn nämlich das rücksichtslose Verhalten der Unternehmer keinen anderen Ausweg mehr zuläßt.“

Durchaus richtig gedacht, nur schade, daß es die Arbeitgeberpresse nicht richtig anwendet. Man ist daher genötigt, sie sich gelegentlich selbst beleuchten zu lassen. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Allgemeines.

Der erste nationale Krankenkassenkongreß. Der Ende 1912 unter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien, der christlichen und kirchlich-dunklerischen Gewerkschaften, der evangelischen und katholischen Arbeitervereine und des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gegründete Gesamtverband deutscher Krankenkassen, C. S., Sitz Essen, hält in den Tagen vom 22. bis 24. Juni d. J. im städtischen Saalbau zu Essen (Ruhr) seine erste ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig. Es werden u. a. folgende Fragen behandelt: 1. Das Verhältnis der Krankenkassen a) zu den Ärzten und Apothekern, Referent Justizrat Fuh in Mainz; b) zu den Kassenangehörigen, Referent Reichstagsabgeordneter Reiser-Annberg zu Sieglitz; 2. Das Streitverfahren in der Krankenversicherung nach der RVO., Referent Stadtrat G. v. Frankeberg in Braunschweig; Krankenkassen, die bis zum 1. Juni d. J. die Mitgliedschaft des Verbandes erworben haben, können durch legitimierte Vertreter an den Verhandlungen sich beteiligen. Der Verband (Geschäftsführer Hahn (Essen) Schulze) steht auf nationalem Boden und ist im Gegensatz zu dem unter Leitung der Sozialdemokraten stehende Dresdener Krankenkassenverband gegründet. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die nicht von Sozialdemokraten beherrschten Krankenkassen auch von bestmöglicher Seite Anknüpfung an den genannten Verband vorzuziehen wählten. Die von dem Verband herausgegebenen „Zeitschriften“, „Die Krankenkassenversicherung“, die monatlich 1,25 M ohne Postgebühr kostet, erfreut sich eines gediegenen Inhalts wegen wachsenden Fortschritts. Die bedeutendsten Anzeigen stellt sie zu ihren Mitarbeitern. Ihre Redaktion ist der Reichstagsabgeordnete Reiser. Beitragsleistungen nimmt die angegebene Adresse Geschäftsstelle des Verbandes jederzeit entgegen.

„Auch international.“ Die „deutsche Arbeitgeberzeitung“, mit der wir uns auch noch an anderer Stelle dieses Monats befaßten, glaubt in ihrem Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften einen besonders letzten Hülfen gefunden zu haben. Sie will nämlich herausgefunden haben, daß die christlichen Gewerkschaften „auch international“ sind. Wahrscheinlich glaubt sie, damit den Beweis für die von ihr an anderer Stelle behauptete „Vernachlässigung der feindlichen Brüder“, unter dem Vorwand der christlichen Gewerkschaften und die Sozialdemokraten verstanden sich, erbracht zu haben. Den Beweis zu dem offensiven Zwecke bietet ihr ein Artikel des Kollegen Gehliger, Redakteur des „Münchener Arbeiter“, der hier für die „Soziale Revue“ geschrieben habe, und in dem die Aufhebung internationaler Beziehungen auch für die christlichen Gewerkschaften als notwendig hervorgehoben wurde. Daß die internationalen Beziehungen der christlichen Gewerkschaften ganz anders gestaltet sind als die der Sozialdemokratie, ist selbstverständlich. Sie beschäftigen sich bei ihnen auf gewerkschaftliche Fragen oder gar nur solche organisatorischen Charakter. Auf alle Fälle aber lassen die christlichen Gewerkschaften es ab, durch ihre internationalen Verbindungen eines Druck auf die Politik, besonders des Herrschaftswesens, ausüben zu wollen, wie das die Sozialdemokratie versucht. Hier liegt der Hauptgrund der Unmöglichkeit der internationalen Beziehungen der christlichen Gewerkschaften und denen der Sozialdemokratie. Das weiß natürlich auch das genannte Unternehmensorgan, trotzdem sagt es, das folgende zu:

„Der Sozialdemokrat...“

rückgebrängt und durch die Vorstellung einer allgemeinen internationalen Verbündung ersetzt.“

Schämt sich das Blatt nicht, so etwas zu schreiben? Wem ist jemals in der christlichen Arbeiterbewegung eingefallen, die „internationale, vaterländische Idee“ zurückzubringen? Geht nicht das etwa schon, wenn die Organisationen verschiedener Länder zwecks Förderung ihrer eng umschriebenen wirtschaftlichen Aufgaben, wie das bei den christlichen Gewerkschaften der Fall ist, in Verbindung treten? Dann haben sich die Unternehmerverbände dieses Verbrechens schon längst schuldig gemacht, denn die unterhalten schon seit langem sehr ausgedehnte Beziehungen zu ihren ausländischen Parallelorganisationen. Davon hat das Scherzmagazineblatt natürlich auch Kenntnis, und trotzdem die obige niederträchtige Unterstellung, deren ganze Persönlichkeit man erst recht ernst, wenn man sich diese Tatsache ins Gedächtnis ruft.

Der 4. Verbandstag der „Concordia“.

In Freiburg im Breisgau findet heute am 2. mit 5. August der 4. Verbandstag des Deutschen Rad- und Motorfahrer-Verbandes Concordia, Sitz Bamberg, statt. Dieser, auf christlich-vaterländischem Boden stehende Verband hat seit seiner letzten Tagung vor zwei Jahren in Bamberg seine Mitgliederzahl nahezu verdreifacht und vertritt ein ernsthafter Gegner des an 150 000 Mitglieder zählenden sozialdemokratischen Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“ in Eisenbad a. M. zu werden. Die Tagung wird eine weitere Stärkung der vorzüglichen Versicherungen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Concordia bringen. Dem Ehrenauswärtigen der Verbandstagung gehören folgende Herren an:

- Oberbürgermeister Dr. Winterer, Erzengel Generalleutnant J. D. von Bed, Geh. Hofrat Universitätsprofessor Dr. von Selow, J. Erling, Gewerkschaftssekretär für Baden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, in Karlsruhe, J. Haas, Gauleiter und Verbandsgeheimrat der Concordia, Bamberg, Erzengel Rat. Dr. Seheimer Rat Freiherr von Mengingen, Groß. Oberhofzeremonienmeister, Karlsruhe, Oberleutnant a. D. und Groß. Bad. Kammerherr Freiherr von Roggenbach. Ortsgruppe und Bezirk Freiburg heißen alle Teilnehmer herzlich willkommen und haben sich bemüht, ein reiches Programm aufzustellen.

Bankrott eines sozialdemokratischen Volkshauses.

Die lange Reihe sozialdemokratischer Volkshausbankrotte ist um eine weitere Nummer vermehrt worden. Am 23. Mai teilte die Elberfelder sozialdemokratische „Freie Presse“ mit, daß das dortige Volkshaus am Tage vorher aufgehört habe zu existieren. Der Geschäftsgang sei ein so miserabler gewesen, daß die Zuschüsse der Organisationen hätten verdoppelt werden müssen, wenn das Unternehmen gehalten werden sollte. Das hätten Partei und Gewerkschaften aber abgelehnt. — Es zeugt nicht gerade von gesundem Verstand und großen Beträchtungsvermögen, daß die Sozialdemokraten nicht einmal in ihren Geborgen die mit großem Tamtam ins Leben gerufenen Volkshausunternehmungen über Wasser zu halten vermögen.

Zweierlei Maß.

Anlaßlich des Konfliktes in der Verlags-Anstalt der sozialdemokratischen Konkurrenten in Hamburg, wo bekanntlich 70 Buchdruckergehilfen die Kündigung einreichten und streiken wollten, um ihre „Rechte als Mensch, Gewerkschaftler und Genossenschaftler zu verteidigen“, sind sich verschiedene sozialdemokratische Blätter in die Haare geraten. Die auffallende Tatsache, daß der „Korrespondent“, das Verbandsblatt der Buchdrucker, die Angelegenheit vollständig totgeschwiegen hatte, war u. a. in der „Leipziger Volkszeitung“ gerügt worden. Die Karze des „Korrespondent“, daß er als Organ des Verbandes wie der Paritätsgemeinschaft eine andere Haltung beobachten müsse, als ein dem Konflikt fernstehendes Arbeiterblatt, ist der „Leipziger Volkszeitung“ unbegreiflich. In ihrer Nr. 115, 1913 hält sie dem Buchdruckerorgan folgende Standpredigt:

„Die Redenbung, daß für den „Korrespondent“ als Organ des Verbandes wie der Paritätsgemeinschaft eine andere Haltung bedingt sei, als für ein dem Konflikt fernstehendes Arbeiterblatt einzunehmen könne, trägt doch gesunde gesagt, den Stempel der Verlegenheit allzu deutlich an der Stirn, wie auch die Anspielung auf die Presse als den lebenden Dritten derselben Verlegenheit entspringt. Wer ist denn in erster Linie berufen, die Interessen einer Berufsgruppe wahrzunehmen, wenn nicht das Verbandsorgan dieser Gruppe, die Gewerkschaftszeitung? Und wenn dies der „Korrespondent“ in seiner zweiten (oder ersten?) Eigenschaft als „Organ der Paritätsgemeinschaft“ unterließ, so braucht er schließlich doch nicht auf einen so verunglückten Schachzug zu verfallen, den „lebenden Dritten mit seiner bekannten Vergnüglichkeit“ anzumachen zu lassen.“

Diese Abweisung des selbstgefälligen „Korrespondent“ durch ein sozialdemokratisches Parteiblatt ist nicht unmerklich. So hat sich das sozialdemokratische Buchdruckerorgan niemals Reserve aufgelegt, wo es sich um einen Konflikt in einem Privatbetriebe gehandelt hat? Aber in diesem Falle handelte es sich um einen sozialdemokratischen Betrieb, und da schloß das Buchdruckerorgan sich als Organ der Paritätsgemeinschaft an. Ein Beweis, wie vortrefflich es der „Korrespondent“ versteht, bei solchen Vorgängen mit zweierlei Maß zu messen.

Aus Württemberg. Kürzlich war dem vollparteilichen Abgeordneten Eugen Roth, Sekretär des kirchlich-dunklerischen Eisenbahner-Verbandes, öffentlich vorgehalten worden, er habe bei Verbands-Funktionären schriftlich um persönliche Gelddarlehen erludt, weil es ihm ohne weitere Geldmittel nicht möglich sei, die Geschäfte des Verbandes weiter zu betreiben. Daraufhin hat Herr Abgeordneter Roth eine Erklärung veröffentlicht, worin er behauptet, daß das betreffende verbiefte Rundschreiben mit seiner (maschinenschriftlich hergestellten) Unterschrift ohne sein Wissen und wider seinen Willen an Parteifreunde gelangt worden sei. Demgegenüber veröffentlichten die württembergischen Landtagsabgeordneten Graf, Andre und Groß eine Erklärung, worin es heißt:

„Die vorstehende von Herrn Roth gegebene Sachdarstellung ist unklar. Das Rundschreiben trägt die eigenhändige Originalunterschrift des Herrn Roth. Diese ist weder mit der Maschine geschrieben, noch hektographiert. Wir sind bereit, vor Gericht für diese unsere Angaben jederzeit voll und ganz einzustehen.“

Wenn es Herrn Roth nicht gelingt, seine eigenhändige Originalunterschrift als gefälscht nachzuweisen, dürfte er für die Deffektivität gerichtet sein. Die kirchlich-dunklerischen Gewerkschaften, die den Roth'schen Eisenbahnerverband schon seit Jahren mit rund 8000 Mitgliedern in ihren Statistiken herumschleppen, obgleich der Roth'sche Verband kaum die Hälfte dieser Mitglieder hat erleben an ihrer württembergischen Eroberung immer weniger Freude.

Der Arbeiter („Sitz Berlin“) schreibt in einem Artikel über „die unzulängliche und irreführende Streikstatistik“ folgendes:

„... im Hinblick auf die Gesamtentwicklung erweisen sich die gegen den gewerblichen Mittelstand erzielten Streikerfolge als trügerische Scheinerfolge. Dem kleinen und mittleren Unternehmer, der seit der Proklamierung der schrankenlosen Gewerbefreiheit geradezu einen Verzweiflungskampf gegen die übermächtigen großkapitalistischen Gewalten führt, werden durch den Anstand Bedingungen aufgezwungen, die ihm die Behauptung seiner ohnehin auf schwachen Füßen stehenden Existenz noch mehr als bisher erschweren. Dadurch aber wird die Widerstandskraft kleiner und mittlerer Betriebe gegen den konkurrierenden Großbetrieb noch mehr als bisher geschwächt und der kapitalistische Konzentrationsprozeß nur gefördert.“

Da kommt man aus dem Zweifel nicht mehr heraus: Ist der „Arbeiter“ („Sitz Berlin“) nun ein Organ für die Interessen der Arbeiter oder für die Interessen der „kleinen und mittleren Unternehmer“? Nach dem Vorstehenden zu urteilen, ganz offenkundig für die letzteren! Uebrigens: was würde der selbige Karl Marx sich gestreut haben, wenn er die glaubensstarke Verteidigung seiner Konzentrationslehre, wie sie die „Sitz Berlin“ in den obigen Ausführungen bekundet, nicht hätte erleben können. Daß sie ihr in einem Zeitpunkte zuteil wurde, in dem die tatsächliche Entwicklung längst ihre Unrichtigkeit dargetan und auch Marx' Jünger selbst den Glauben daran mehr und mehr verloren haben, würde seine Freude zweifellos nur erhöht haben. Allerdings hat er sich wohl nicht träumen lassen, daß der „kapitalistische Konzentrationsprozeß“ durch — Streiks bewirkt werden sollte. Auf so „geniale“ Ideen kommt eben nur „Sitz Berlin“.

Wir wollen indes niemand unrecht tun und deshalb im Nachstehenden gerne feststellen, daß es bei „Sitz Berlin“ auch schon lichte Momente gegeben hat, in denen die „Konzentration zum Großbetrieb“ eine gerechtere Beurteilung fand und man nicht nur der Schrecken letzter in ihr sah. So sagte eine seiner geistigen Größen einmal:

„Die Großbetriebe sind nicht aus der Welt zu schaffen, und dann wäre doch erst der Nachweis zu liefern, ob die Großbetriebe schlechter bezahlen als die Kleinbetriebe. Bis jetzt haben in vielen Fällen die Großbetriebe eine bessere Bezahlung und bessere Behandlung geboten. Es kommt uns aber nicht so sehr darauf an, ob wir unsere Briefe mit dem Luftschiff, oder der Dampfbahn, oder durch den Landdroschke befördern; die Hauptsache ist, daß die Leute richtig behandelt und gut bezahlt werden. Die Frage ist hier vollständig überflüssig, ob wir den Großbetrieb oder den Kleinbetrieb haben wollen.“

Das kommt der grauen Wirklichkeit schon erheblich näher. Schade nur, daß solche vernünftige Gedanken, die doch so furchtbar einfach und selbstverständlich sind, im „Sitz Berlin“ so selten kommen.

Was Arbeiterorganisationen in Ländern passiert, wo Sozialdemokraten Minister werden.

Veranlaßt durch die antimilitaristischen und sonstigen Treiber der Allgemeinen Arbeiterverbände hat die Regierung der Republik Frankreich in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem die Gewerkschaften gezwungen werden sollen, sich nur mit ihren sachlichen Interessen zu beschäftigen. Geschieht das nicht, so werden die Angestellten der Gewerkschaften strafrechtlich verfolgt; Geldstrafen von 60 bis 200 Franken sollen die Sünder treffen. Viel schlimmer ist aber noch, daß die Gerichte die Auflösung der Gewerkschaften verfügen können. Werden den Behörden falsche Angaben über Leitung usw. gemacht, so kann die Geldstrafe auf 500 Franken erhöht werden. Falls es einer aufgelösten Gewerkschaft bekommen sollte, ihre Tätigkeit fortzusetzen oder sich neu zu bilden, so saufen Geldstrafen bis zu 5000 Franken oder Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr auf die Häupter der Missetäter nieder. —

Ein solches Vmt. daß das nicht bei uns passiert. Die sozialdemokratische Presse schlägt sonst Häderl.

Handelskammer und Staatsarbeiter. Die Handelskammer für das südöstliche Westfalen scheint eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin zu erblicken, gegen die Arbeiter in den Staatsbetrieben Sturm zu laufen. In ihrem letzten Jahresbericht weist sie auf die angeblich zu hohen Löhne der Artilleriewerkstatt Lippstadt hin, und schließt daraus, daß durch diese hohen Löhne nur Unzufriedenheit unter die Arbeiter der Privatindustrie getragen würde, die dann nur das Bestreben hätten, baldmöglichst Staatsarbeiter zu werden. In dem Jahresbericht wie in einer Eingabe der Handelskammer an den Reichstag wurde behauptet, Arbeiter im Alter von 23 bis 25 Jahren verdienten in der Artilleriewerkstatt während der Probezeit 4,50 bis 5,10 M., nach Ablauf dieser Probezeit 6,10 M., kämen somit auf Monatsverdienste von 180 bis 200 M. Nach 10jähriger Dienstzeit kämen sie auf einen Tagesverdienst von 7,10 M. Demgegenüber wird von beteiligter Arbeiterseite nachgewiesen, daß der Anfangslohn für Schlosser, Tischler, Blechmacher, Sattler laut Lohnordnung 4 M. beträgt, steigend alle 2 Jahre um 10 Pf., bis zum Höchstlohn von 4,50 M. in zehn Jahren. Es kann bei Vorkarbeit mehr verdient werden, und zwar bis zum Höchstjah von 5,10 M. Dieser Höchstlohn kann aber nur bei anstrengendster Arbeit erreicht werden. Nach 6- bis 10-jähriger Beschäftigung können die genannten Handwerker in eine höhere Lohnklasse befördert werden, mit einem Anfangslohn von 4,50 M., alle zwei Jahre um 20 Pf. steigend, bis zum Höchstlohn von 5,50 M. nach 10jähriger Beschäftigung in dieser Klasse. Der Höchstlohn beträgt 6,10 M. pro Tag. Vollständig ausgeschlossen ist, daß 23- bis 25jährige Arbeiter bei normaler Arbeitszeit 180-200 M. pro Monat verdienen hätten. Dieses ist vielleicht ausnahmsweise einmal möglich bei einer Ummenge von Ueberstunden. Tatsächlich sind ja auch während der letzten 4-5 Monate in einzelnen Abteilungen der Artilleriewerkstatt in Lippstadt täglich zum Teil 3-4 und noch mehr Ueberstunden gemacht worden. Die Darstellung der Handelskammer ist mithin durchaus nicht stichhaltig, sie ist irreführend und verliert zur Beurteilung der Lage der Staatsarbeiter jeden Wert. Uebrigens sieht man auch an diesem Fall wieder, wie eng die Interessen der Privatarbeiter und der Staatsarbeiter ineinander greifen. Daraus ergibt sich auch die unbedingte Notwendigkeit, daß diese beiden Arbeitergruppen ihre Organisationsbestrebungen nicht etwa von einander trennen, sondern möglichst in Einklang zu bringen suchen und sich gegenseitig unterstützen.

Aus der gelben Arbeiter-Bewegung. In der letzten Zeit gärt es unter den gelben Werksvereinen. In Deutschland haben sich zwei Richtungen herausgebildet — eine Essener Richtung unter Krupp'schem Einfluß und eine Berliner Richtung —, die sich gegenseitig aufs heftigste bekämpfen. Bei ihrem Bestreben, die Berliner Richtung klein zu kriegen, haben es die Essener zunächst darauf abgesehen, das Organ der Berliner Richtung, den von Lebins herausgegebenen „Bund“, durch allerlei Finanzoperationen gefügig zu machen. Aus einer gelben Vertrauensmänner-Versammlung vom 7. Mai 1913 in Essen ist bekannt geworden, daß die Essener ersichtlich mit dem Plan umgehen, das Berliner gelbe Organ aufzulösen. Der Führer der Essener Gelben, ein Herr Deß, hat nämlich in der betreffenden Vertrauensmänner-Versammlung ausgesprochen: „Es wäre auch an Schönwälder Berliner Gelben-Führer denkbar, er möchte nicht, daß man Lebins finanziell schädigt, man möge ihm seine Zeitung abkaufen. Wenn die Berliner (unter Essener Einfluß stehenden Gelben) kein Geld hätten, so möchten sie sich an ihn Deß wenden, er würde schon Geld herbeibringen.“ Demnach geben die von der Firma Krupp beeinflussten Essener Gelben ersichtlich mit dem Plan um, die übrigen gelben Werksvereine unter ihre Herrschaft zu bringen, wenn's nicht anders geht, sie einfach aufzulösen.

Auch in der Schweiz haben die Gelben mit großer Unannehmlichkeit zu rechnen. Einer ihrer Führer, namens Zell-Gröblich, hat plötzlich der gelben Bewegung den Rücken gekehrt und Entschuldigungen gemacht, die für die gelbe Bewegung geradezu vermindernd sind. Er tritt nämlich öffentlich in der Weise auf, daß die arbeitgeber-Verbände der Maschinen- und Textil-Industrie, sowie der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen die finanziellen Träger der gelben Bewegung sind, daß diese Unternehmer auch für die Verbindlichkeiten der eingegangenen gelben Zeitung zu haften haben. Als der entlassene Zell-Gröblich der gelben Bewegung den Rücken kehren wollte, habe der Zentral-Präsident des schweizerischen Arbeitgeber-Verbandes für 1000 Frs. sein Schweigen erkaufen wollen. Als dieser Handel nicht zustande kam, sei ihm sogar eine Verhaftung gedroht worden. Zell-Gröblich kündigt eine Broschüre an, in der er seine Erfahrungen in der gelben Bewegung zum besten geben will. Das ist eigentlich gar nicht notwendig, seine bisherigen Veröffentlichungen zeigen schon zur Genüge, mit welchen Kräften man es in der gelben Bewegung zu tun hat.

Kriegervereine und Volksversicherung. Zu der so überschriebenen Notiz in der vorigen Nummer erhalten wir vom Vorstand des Deutschen Kriegerbundes folgende Zuschrift:

Der in Nr. 21 Ihrer Korrespondenz erschienene Artikel „Kriegervereine und Volksversicherung“ veranlaßt uns, um Aufnahme folgender Berichtigung an gleicher Stelle Ihrer nächst erscheinenden Nummer ergeben zu erlauben:

1. Nicht der Kyffhäuserbund, sondern der Deutsche Kriegerbund verhandelt mit der „Friedrich Wilhelm“.
2. Im Februar d. J. sind die bisherigen Vorstandsmitglieder der Lebensversicherungsanstalt und Sterbefasse des Deutschen Kriegerbundes aus

- Gründen, die mit den Verhandlungen der „Friedrich Wilhelm“ nicht das Mindeste zu tun haben, aus dem Amte geschieden. An ihre Stelle trat ein Herr, der nicht Beamter der „Friedrich Wilhelm“, sondern nur in der genannten Lebensversicherungsanstalt verpflichtet ist.
3. Von dem neugegründeten Organisationsfonds der „Friedrich Wilhelm“ hat weder der Kyffhäuserbund noch der Deutsche Kriegerbund, noch eine andere Kriegervereinsorganisation irgendeinen Anteil zu erwarten.
 4. Es ist unter allen Umständen ausgeschlossen, daß das deutsche Kriegervereinswesen in der in Ihrer Notiz angedeuteten Weise in die Arbeiterbewegung jemals eingreift.
 5. Damit entfallen auch die an die Verwendung dieses angeblichen Anteils geknüpften Befürchtungen. Sie sind vollkommen grundlos.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes
Westphal, Geheimer Regierungsrat,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Unserem Gewährsmann, der vor Redaktionsschluß dieser Nummer nicht zu erreichen war, behalten wir eine Erwiderung in der Angelegenheit vor, möchten aber zu der vorstehenden Berichtigung jetzt schon folgendes bemerken:

Die unter Absatz 1 festgestellte Tatsache, daß der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes mit der „Friedrich Wilhelm“-Lebensversicherungs-Gesellschaft in Verhandlungen steht, wird in weiten nationalen Kreisen Bestreben erregen. Die Regierung und eine große Anzahl von nationalen Korporationen geben sich die größte Mühe, um eine gemeinnützige Volksversicherung auf breiter Grundlage als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Volksfürsorge lebenskräftig und leistungsfähig zu gestalten. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes aber stellt sich außerhalb dieser gemeinnützigen Bewegung und unterhandelt mit einer privatwirtschaftlichen, auf den materiellen Erwerb aufgebauten Versicherungsgesellschaft, die zudem in weiten Volksschichten wenig Sympathie genießt. Viele Mitglieder der Kriegervereine, die auch noch andern nationalen Standes- oder Berufsorganisationen angehören, werden mit dieser Politik des Deutschen Kriegerbundes in der Volksversicherungsfrage wohl kaum einverstanden sein.

Im übrigen nehmen wir von der unter 4 ausgesprochenen Versicherung, wonach es unter allen Umständen ausgeschlossen sei, daß das deutsche Kriegervereinswesen in der von uns angedeuteten Weise (das heißt: Förderung der „Gelben“) jemals eingreifen würde, mit Genugtuung Notiz. Wenn sich die Kriegervereine auf das ihnen zustehende Arbeitsgebiet beschränken, werden zwischen ihnen und den nationalen Arbeiterorganisationen keinerlei Differenzen entstehen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über die Firma Kurrh und Hoffmann wegen Nichtannahme des Tarifs), **Gelsenkirchen** (Sperrung über die Firma Hünnebeck & Co.), **Vitburg**, **Esfel** (Sperrung über die Firmen Karsten jr. und sen. wegen Nachregelung), **Sibbenbüren** (Sperrung über den Baumunternehmer Wischmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages), **Düsseldorf** (Ueber die Firma Händer ist für Zimmerer die Sperrung verhängt, desgleichen (Sperrung über die Firmen Peters, Köbler und Lenden in Lüdenbach wegen Nichtzahlung der erhöhten tariflichen Lohnsätze), **Groß- und ein-Eislingen** (Streit der Maurer, Zimmerer, Gipser und Bauhilfsarbeiter), **Hamm i. W.** (Sperrung über das Stuckgeschäft Heinrich Müllers wegen Nichtannahme des Tarifs), **Recklinghausen** (Sperrung über das Plattengeschäft Dverthum in Daltrop), **Mülfelsheim** (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter wegen Nichtzahlung eines Tarif-Vertrages), **Weinheim**, **Baden** (allgemeiner Streit sämtlicher Bauarbeiter), **Marburg** (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Münster i. W.** (Streit der Stukkateure), **Pinz a. Rh.** (Streit der Maurer und Hilfsarbeiter), **Essen** (Blickeberger, Sperrung über die Firma Hinger & Dierhoff), **Catzenberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Ballmann), **Rheide** (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Pipp-springen O.-Schl.** (Sperrung über alle hiesigen Baugeschäfte mit Ausnahme der Firma Schmitt. Die Unternehmer weigern sich, den Schiedsspruch anzuerkennen.) Zugang ist fernzubehalten.

Mhlen (Westfalen). Die Lohnbewegung ist erfreulicherweise nunmehr friedlich beendet. Sie bedeutet für unsere Kollegen einen Erfolg, wenn auch unsere Wünsche nicht ganz erfüllt sind. Der Erfolg ist aber umso höher anzuschlagen, weil er auf friedlichem Wege erreicht wurde. Es ist, daß es noch zu einem Kleinkampf mit unseren Mhlenern hätte kommen können. Sie weigerten sich, die 2 Pf. Lohnerhöhung zu zahlen, weil der Arbeitgeberbund den revidierten Schiedsspruch der Unparteiischen vom 6. Mai ablehnte und die Anweisung an seine Mitglieder, nur 1 Pf. Lohnerhöhung zu zahlen, hatte ergehen lassen. Da unsere Kollegen mit Recht auf die 2 Pf. bestanden, um so mehr der Schiedsspruch für Mhlen überhaupt recht wenig befriedigte, mußte, wenn nötig, der zweite Pfennig erkämpft werden. Die Firma Westhoff, welche umfangreiche Arbeiten auf der Kolonie der Beche Westfalen ausführte, gab Anlaß, daß die Kollegen einmütig die Kündigung einreichten. Nach einer Arbeitsunterbrechung von einem Tag erklärte sich die Firma bereit, das den Kollegen zustehende zu zahlen. Die Versammlung beauftragte die Verhandlungsfunktionäre, bei den übrigen Unternehmern vorstellig zu werden und die Erklärung zu verlangen, die 2 Pf. Lohnerhöhung zu zahlen, widrigenfalls am Abend bei sämtlichen Unternehmern die Kündigung eingereicht werden sollte. Zweifellos hat die

einmütige Arbeitsniederlegung bei der Firma Westhoff auf die übrigen Unternehmer ihre günstige Wirkung gehabt. Sie erklärten sich alle, bis auf die Unternehmung Flürenbrock und Esfel, bereit, die 2 Pf. zu zahlen. Bei den beiden letzteren war die Ansicht vorhanden, die Kollegen hätten nicht den Mut zu kämpfen und würden die Arbeit nicht niederlegen. Als aber am anderen Morgen die Arbeit ruhte, ließen sie die Verhandlungsfunktionäre treten, um nunmehr auch ihre Bereitwilligkeit schriftlich zu erklären, welches denn auch geschah. Den entstandenen Verlust für die Kollegen mußten sie ebenfalls tragen. Bei dieser Gelegenheit wurde diesen Herren die Nichtzahlung der Schlichtungskommissionsbeschlüsse von 1912 klar gemacht und gefordert, daß Herr Flürenbrock 15 M. und Herr Esfel 7 M., wozu sie verurteilt worden waren, erst zahlen müsse, ehe die Arbeit aufgenommen würde. Die lauerer Miene kamen sie auch diesem nach. So sehen die Kollegen, was Einigkeit vermag. Möge das für die Zukunft beherzigt und danach gehandelt werden. Ob die Unternehmer Mhlen den Tarif für die Zukunft einhalten, wird von dem Geist und Stand der Organisation in Mhlen abhängen. Unsere Kollegen von Mhlen mögen sich das folgende merken: Mit Ausnahme von wenigen sämtlichen Unternehmern nicht mehr im Arbeitgeberrang. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß gerade die unorganisierten Unternehmern die größte Ausbeutung der Arbeiter betreiben und den Arbeitgeberorganisationen die größten Schwierigkeiten machen. Wollen die Kollegen ihre Interessen gewahrt sehen, Verbesserungen erreichen und Verschlechterungen jederzeit abwehren, dann müssen sie trotz zur Organisation stehen und diese zu stärken suchen, damit wir stets kampfbereit sind. Denn nur durch kampfbereitschaft ist etwas zu erreichen und das Erreichte zu erhalten. Beachten dieses die Mhlener Kollegen nicht, dann werden sie den Vorteil des Tarifvertrages nicht genießen, und eher zurückgeworfen, als vorwärts schreiten. Die Organisationsstreue und Kampfbereitschaft gehört notwendig die Einigkeit. Auch hierin fehlt es sehr. Und da muß es besser werden. Weg mit der Eigenbrödelerei, weg mit der gegenseitigen Mißgunst. Haltet nunmehr zusammen und seid einig, besucht die Versammlungen unbefehligt jederzeit die Parole. Haltet zusammen, wenn es gilt für die Organisation zu werben, besonders auf den Baustellen bei den Unorganisierten. Diejenigen, welche heute noch unorganisiert sind, sich an den Beiträgen vorüberlassen, die Früchte der Organisation aber genießen wollten, handeln nicht mehr in Unkenntnis, sondern in niedriger Bestimmung. Mit diesen jetzt aufzukommen, ist Aufgabe aller Kollegen, und da ist gemeinsames Handeln notwendig.

Bezirk Bochum.

Sitzung der Schlichtungskommission in Bochum am 30. Mai 1913.

Anwesend waren von Seiten der Arbeitgeber die Herren Pötters, Grafweg, Pothmann, Maere von Vorbeck und Braunheimer von Gladbeck. Von Seiten der Arbeitnehmer die Herren Obermeyer und Kirchner. Als Vorsitzender der Kommission wurde ein Vertreter der Arbeitgeber, Herr Pötters, Vorbeck, und als Schriftführer ein Vertreter der Arbeitnehmer, Herr Kirchner, Essen, gewählt.

Tagesordnung:

1. Punkt: Einhaltung der Arbeitszeit und Nichtzahlung des tariflichen Lohnes der Firma Braunheimer-Gladbeck.

In diesem Punkte ersuchte die Kommission den anwesenden Herrn Braunheimer, doch den vertraglichen Bestimmungen Rechnung zu tragen und vom 2. Mai ab den bisher noch fehlenden Lohn nachzuschicken, außerdem auch die vertragliche Arbeitszeit einhalten zu lassen. Herr Braunheimer erklärte sich nach längeren Ausführungen einverstanden und will bereit sein, daß der fehlende Pfennig vom 2. Mai ab nachgezahlt und die tarifliche Arbeitszeit eingehalten wird.

2. Punkt: Firma Schottland-Düsseldorf läßt auf der Baustelle Schacht I Dreißiger täglich 12 Stunden arbeiten.

In diesem Punkte war die Kommission einmütig der Ansicht, der Firma mitzuteilen, daß auch die tarifliche Arbeitszeit von 10 Stunden einzuhalten habe, selbst dann, wenn die dort beschäftigten Arbeiter länger arbeiten wollten.

3. Punkt: Zahlung der tariflichen Löhne für das Gebiet Vorbeck.

In diesem Punkte wurde von Seiten des Herrn Pötters, Arbeitgeber, darauf hingewiesen, daß bereits schon hier eine Klärung der Sache eingetreten sei und alle Arbeitgeber angewiesen seien, den Bestimmungen des Vertrages Rechnung zu tragen und als Lohn für Maurer 61 Pf. pro Stunde, für Hilfsarbeiter 51 Pf. pro Stunde gezahlt werden müssen und dieses vom 2. Mai ab.

Darauf Schluß der Sitzung um 7 1/2 Uhr.

Der Vorsitzende: Pötters.

Der Schriftführer: Bernh. Kirchner.

Bezirk Köln.

Pinz a. Rhein. Die hiesigen Unternehmer lehnen es ab, dem Schiedsspruch nachzukommen. Sie weigern sich, die vorgezeichneten Löhne, weder in diesem noch in den folgenden Jahren zu zahlen. Dem Bezirksleiter, der dieserhalb mit den Unternehmern Rücksprache nahm, erklärten sie, sie verlangten für Linz noch einen besonderen Schiedsspruch, und zwar so, daß keine Erhöhung des Lohnes eintrete. Als sie darauf aufmerksam gemacht wurden, daß ein solcher Schiedsspruch undenkbar sei, erklärten sie, unter keinen Umständen würde der Lohn weder dieses Jahr noch in den folgenden Jahren erhöht. Da mehrere Unternehmer gegenwärtig noch dringende Arbeiten auszuführen haben, legten die Kollegen

in diesen Geschäften die Arbeit einmütig nieder. Am 3. Juni fand eine Aussprache mit den Unternehmern und einer Kommission statt. Mit Rücksicht auf den Erfolg vom vorigen Jahre, machte die Kommission den Unternehmern den Vermittlungsvorschlag, ab 1. August die für dieses Jahr vorgezeichnete Lohnerhöhung einzutreten zu lassen. Auch dieses lehnten die Unternehmer scharf ab. Darauf wurde dann offiziell der Streik beschlossen. Eine Ausnahme machte der Baugewerksmeister Krebs. Er verpflichtete sich schriftlich, den neuen Vertrag anzuerkennen mit der Maßgabe, daß die 2 Pf. Lohnerhöhung ab 15. August dieses Jahres gezahlt werden. Das Verhalten der Linger Unternehmer widerspricht jeder Einsicht. In rechtfertigen ist solch ein Verhalten nicht. Die Linger Bauarbeiter werden sich um ihr Recht nicht bringen lassen. Auch diesmal werden sie sich bewußt sein, was sie der Organisation schuldig sind. Treu zum Verband und volle Geslossenheit auf der ganzen Linie, nur dadurch kann es uns gelingen, den Starrsinn der Unternehmer zu brechen. Die Stimmung der kämpfenden Kollegen ist gut.

München-Glabbech und Umgegend. Einen größeren Erfolg haben die Kollegen in M-Glabbech errungen. Die Arbeitgeber hatten angesichts der schlechten Konjunktur geglaubt, an der Lohnerhöhung sich vorbehalten zu können. Am 23. Mai teilte uns der Arbeitgeberverband M-Glabbech mit, daß ihre Generalversammlung die Schiedssprüche der Unparteiischen abgelehnt habe. Daraufhin traten zum 27. Mai die Kollegen bei der Firma Becker in Streik. Dieser Mut der Arbeiter veranlaßte die Arbeitgeber, auf den 28. Mai eine Verhandlung anzusetzen. Hier berichtigten die Arbeitgeber von den gefällten Schiedssprüchen etwas abzuhandeln, und zwar in der Weise, daß in diesem Jahre keine Lohnerhöhung eintreten soll. Im nächsten Jahre dagegen wollte man 2 Pf. und 1915 nochmals 1 Pf. geben. Also insgesamt 3 Pf. während der Vertragsdauer. Der Schiedsspruch sieht dagegen 4 Pf. Lohnerhöhung vor, und zwar sofort ab 2. Mai 2 Pf. Auf diesen Vorschlag ließen wir uns nicht ein. Wir erklärten, uns an die Schiedssprüche nicht mehr gebunden zu halten, nachdem die Arbeitgeber dieselben durchbrochen hätten. Der Arbeitgeberverband hielt am 31. Mai alsdann eine neue Generalversammlung ab, wo er dann die Schiedssprüche vom 1. Mai, wie auch die Ergänzung vom 6. Mai anerkannte. Damit gaben wir uns zufrieden und hoben die Sperre auf. Für unsere M-Glabbecher Kollegen ist das ein schöner Erfolg. Das ist wieder ein Schulbeispiel für so manchen Arbeiter, der glaubt, ohne Organisation auskommen zu können. Interessant war ein Zwischenfall am ersten Streiktag. Der Herr Oberbürgermeister erschien am Nachmittag an der Baustelle des Volksgarten, ließ die Streikenden zu sich kommen und wickelte auf diese ein, die Arbeit doch wieder aufzunehmen. Die Stadt zahlte die Lohnsdifferenz von 2 Pf. Auf die Frage der Streikenden, ob er auch Arbeiten den Tariflosen zahle, gab er eine unabweisende Antwort. Von einer Organisation wolle er nichts wissen, er verhandle auch nur mit den Arbeitern selbst. Die Organisation ginge ihn nichts an, äußerte er den Organisationsvertretern gegenüber. Im übrigen wolle er sich nicht kassieren lassen. Auf den Leim des Oberbürgermeisters gingen die Arbeiter natürlich nicht ein. Es waren eben Bauarbeiter und keine Straßensänger, das wird der Oberbürgermeister wohl gefanden haben. In einer solchen Vermittlung hatte man den Oberbürgermeister wirklich nicht notwendig.

Die Mitglieder in Rheinhild und Oberkirchen haben sich am 5. Juni im Streik befunden, diese Orte mit M-Glabbech in ein einheitliches Lohngebiet zu bringen. Bisher bestand kein Vertrag. Ein Unternehmer hat die Forderung bereits bewilligt. Danach steigt der Lohn sofort von 50 auf 54 Pf., ab 1. Juli 1913 auf 56 Pf., ab 1. April 1914 auf 58 Pf. und ab 1. April 1915 auf 60 Pf. Der Lohn der Einklasser ist 6 Pf. Mehr Bauarbeiter erhalten 10 Pf. weniger als Arbeiter. Am 3. Juni fanden bereits durch den Arbeitgeberverband Verhandlungen statt, die jedoch zu keinem Resultat führten. Der Jungmännerverband, an welchem wir uns gewandt hatten, versuchte eine Verleumdungswelt zu verbreiten. Streikbrecher sind nicht zu verzeihen.

Am 7. Juni sind die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in Rheinhild und Oberkirchen ebenfalls in den Streik getreten. Es gilt die seit Jahren bestehende Ungleichheit auszugleichen gegenüber M-Glabbech. Zweck die drei Städte ineinanderzugreifen, besteht in Rheinhild-Oberkirchen nach Schen, die am 8. bis 10. Pf. unter denen in M-Glabbech stehen. Der Maurerlohn steht durchschnittlich auf 45-50 Pf. Dieser muß auch hier wieder steigt werden, können die Kollegen in Rheinhild-Oberkirchen schon seit Jahren sich der Organisation angeschlossen, dann wäre schon längst das Ausbreiterteske geschehen. Der M-Glabbecher Unternehmer wie Arbeiter bei diese Konzentration viel zu schaffen gemacht. In M-Glabbech begrüßt man es mit Freuden, daß dieser Schritt einmal unternommen wird.

In Tierseener Studegewerbe wird es ebenfalls zum Kampf kommen. Die Konjunktur ist gut.

Die Bewegung für das Studegewerbe in M-Glabbech ist noch nicht zum Abschluß gebracht. Es ist in einer Sitzung kommen wird, jetzt noch sehr dahin.

In Betongewerbe Krefeld kam es ebenfalls in letzter Woche bei zwei Firmen (Sommerhaus und Hansen) auf Streik zu Bauarbeiten, die jedoch von nicht langer Dauer waren. Die leit. Unternehmer bezeichnen sich, den Streik erwarteten. In Bauarbeiten und Streiks wird es in Krefeld weitergehen.

Stippinger. Durch die privaten Verhandlungen wurde für das Stippinger Arbeiter-Lippinger eine Lohnerhöhung von 4 Pf. erreicht auf drei Jahre, festgesetzt. Vom 2. Mai d. J. nahmen daher 2 Pf. Lohnerhöhung eintraten. Die Unternehmer von Stippinger

haben sich aber bis jetzt geweigert, diesen erhöhten Lohn zu zahlen, mit der Begründung, daß sie dem Arbeitgeberbund nicht angehören. Wiederholt wurden sie von der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung aufgefordert, den Lohn zu zahlen. Die Herren hielten es nicht einmal für nötig, eine Antwort zu geben. Die Gebuld der Kollegen ging zu Ende. Am 4. Juni beschloß eine außerordentliche Mitgliederversammlung den Streik, und am 5. Juni wurde die Arbeit eingestellt. In den Kollegen liegt es nun, den gerechten Kampf mit aller Energie durchzuführen, damit die Rechte desselben dauernd gesichert werden. Im April d. J. gaben die Unternehmer schon einmal Zeugnis von dem Wohlwollen für die Bauarbeiter, indem sie eine Herabsetzung des Lohnes um 4 Pf. pro Stunde angedroht hatten. Durch das geschlossene Vorgehen der Kollegen mittels Bauarbeiter wurde die Reduzierung abgewehrt. Darum muß auch der jetzige Streik mit Ausdauer geführt werden, dann ist der Erfolg gesichert. Die auswärtigen Kollegen werden erjucht, Lippinger zu meiden, bis der Streik beendet ist.

Dachdecker.

Hannover, 6. Juni 1913. Der am 30. April d. J. abgelaufene Tarifvertrag fürs Dachdeckergerwebe war zunächst bis 15. Mai verlängert worden. Nach mehrmaligem Verhandeln mit der Dach- und Schieferdeckerinnung bzw. Arbeitgeberverband erklärten sich die Arbeitgeber zu einer Lohnerhöhung von 4 Pf. (2 Pf. sofort und 2 Pf. ab 1. 4. 1914) für drei Vertragsjahre bereit. Dieses Angebot wurde zunächst in einer gemeinsamen Versammlung abgelehnt, weil es den Kollegen nicht weit genug ging. Ferner forderte die Versammlung, daß die Organisationsangehörigen zu den Verhandlungen zugelassen würden. Die Lohnkommission beantragte nochmals eine Verhandlung, und fand diese dann auch statt. Zunächst wurden die Organisationen als Tarifkontrahenten anerkannt und in der Uebersicht ausgeführt, entgegen der bisherigen Bestimmung, wo es hieß, zwischen der Kommission der organisierten Gesellen. Ferner wurden die Organisationsvertreter anerkannt, und sollten diese bei Schlichtungs-kommissionen und späteren Verhandlungen zugelassen werden. Ferner wird die Lohnerhöhung eine Woche früher zugestanden. Eine am 5. Juni nochmals stattgefundene gemeinsame Versammlung stimmte dann dem Tarifabschlusse zu, und ist der Friede damit bis 31. März 1916 gesichert. Allgemein ist die Konjunktur auch im Dachdeckergerwebe eine schlechte, und war zurzeit nicht mehr zu erreichen. Im hannoverschen Baugewerbe herrscht seit April eine große Arbeitslosigkeit, die noch immer nicht besser wird. Aus all diesen Umständen konnten die Organisationen es nicht zum äußersten kommen lassen.

Jahresbericht des Bezirks Breslau.

Wenn wir die Bilanz für das Jahr 1912 ziehen und alle Schwierigkeiten in Rechnung stellen, an denen unser Bezirk gerade in diesem Jahre so reich war, so können wir einen ziemlich befriedigenden Rückschluß ziehen. Die zu Anfang des Jahres besetzten Hoffnungen auf eine gute Bauzeit sind im allgemeinen in Erfüllung gegangen. Immerhin hatten einige Orte, darunter auch Breslau, zeitweise mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Aussichten für das Baugewerbe im Jahre 1913 scheinen ziemlich günstige zu sein. Seitens der Reichs-eisenbahn-Verwaltung sind mehrere größere Bahnhofs- und bzw. Neubauten geplant, für die die Mittel im Eisenbahnetat zum Teil schon 1911 bereitgestellt sind.

So wird aus Glogau gemeldet, daß in diesem Jahre die Bahnhofs- und Neubauten sowie die damit verbundenen neuen Bahnhofs-Verkehrsmittel-Glogau energisch in Angriff genommen werden sollen. Des weiteren soll an Stelle der alten hölzernen Zugbrücke eine neue massive Steinbrücke errichtet werden. Wenn auch der Baukostenanstieg in Glogau viel zu wünschen übrig läßt, so ist doch in diesem Jahre infolge der geplanten größeren Arbeiten eine regere Konjunktur zu erwarten. In Glogau wird im neuen Jahre der Bahnhofsneubau vollzogen werden, und steht hier gleichfalls für das Frühjahr eine rege Bauzeitigkeit bevor.

Auch in den übrigen Städten, wie in der Grafschaft Glatz, Kreuzburg, Kempen, Schilberg, Oels, Döhrn, Hausen und Jelenberg, ist eine zufriedenstellende Baukonjunktur zu erwarten.

Im Industriegebiet Waldenburg dürfte ebenfalls eine gute Bauzeitigkeit eintreten. Aus Grottkau wird gemeldet: Die Gräflich Schaffgotsche Verwaltung in Krositz beschäftigt, wurde Errichtung eines Elektrizitätswerkes ein Werk in der Nähe vorigen Krositz und Krositzberg zu erbauen. Zur Regelung des Wasserlaufes soll ein Grundstück von 20 Meter Länge Breite als benötigtes Wehr neben einem 50 Meter breiten festen Wehrkörper erbaut werden. Mit dem Bau einer neuen Kaserne in Grottkau soll ebenfalls im Frühjahr begonnen werden.

Auf Veranlassung des Zentralvorstandes trat im Juni des Berichtsjahres in der Zeitung des Bezirkes eine Veränderung ein. Die Vorgänge, welche dazu führten, sind den Kollegen zur Genüge bekannt und bedürfen hier nicht mehr der näheren Erörterung.

Lohnbewegungen wurden im Laufe des Berichtsjahres in Glatz, Frankenstein und Grottkau geführt. In Glatz und Frankenstein eroberte die Bewegung mit einem Tarifabschlusse. In Grottkau mußte sie auf des Frühjahr verzagt werden. Die Bewegung in der Grafschaft Glatz erstreckte sich auf den Amtsgerichtsbezirk Glatz und wurde von unserem Verbande 87 Kollegen am Streik beteiligt. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1913 und erhöht den Lohn von 35 auf 40 Pf. Die Bewegung konnte am 12. 12. 1912 2. Das arbeitserhebende Treiben der Lohnbewegung bei dieser Bewegung braucht wohl kaum noch erwähnt zu werden. Die überall, so selten sie auch hier

den kämpfenden Kollegen in der Rücken. Die Glatzer Kollegen haben aber ihre „wahren Freunde“ erkannt und dieselben bereits vollkommen abgeschüttelt. Letzteres kann nur in ihrem Interesse liegen. Zur Grottkauer Bewegung sei bemerkt, daß dort die Gräflich Schaffgotsche Verwaltung sowie die Arbeitgeber einen Vertrag abzulehnten. Erstere durch ihren Baumeister Young, welcher auf Veranlassung des Bezirksleiters brieflich erklärte: „Die Organisation mag in der Stadt gut sein, hierzulande, wo alles in „guter Ordnung“ ist, hat sie keinen Zweck.“ Diese rückständige Darlegung wird den Kollegen einen neuen Beweis für die Notwendigkeit straffen Zusammenschlusses geben.

Die Agitation wurde auch im Berichtsjahre wieder eifrig betrieben. Es wurden im Laufe des Jahres 1027 Kollegen neu aufgenommen und beträgt unsere Mitgliederzahl jetzt 2231. Die Gesamteinnahme betrug 46357,66 M. An die Hauptkasse wurden gezahlt 24562,03 M. Die Ausgaben der Hauptkasse betrugen für Kranken-, Sterbe-, Militär- und Streikunterstützung sowie für Rechtsschutz und Gemäßregelten-Unterstützung in Summa 3347,93 M. Davon entfielen auf Streik- und Gemäßregelten-Unterstützung 1635,75 M.

An Beitragsmarken wurden gegen 1911 zirka 8000 mehr umgesetzt, während die Zahl der Arbeitslosenmarken von 8412 (in 1911) auf 7551 sank. Immerhin ist dieser Prozentfuß noch enorm und müssen die auf dem Lande wohnenden, zeitweise Landarbeit verrichtenden Kollegen noch mehr als jeither zur regulären Beitragsleistung angehalten werden.

Der Bezirk setzt sich zusammen aus 21 Verwaltungsstellen mit 70 Zahlstellen. Neu gegründet wurden eine Verwaltungsstelle und fünf Zahlstellen. Eine Verwaltungsstelle ging ein. Die Beitragsleistung hat sich verbessert, sowie überhaupt durch die vielen Kämpfe des letzten Jahres der innere Bau der Organisation eine Festigung erfahren hat. Einzelne Verwaltungs- und Zahlstellen leiden allerdings noch an schlecht disponierter Geschäftsführung. Hier kann nur freundliche Mitarbeit der Kollegen selbst bessernd wirken. Die Scheu vor der Annahme eines Vertrauens- oder Vorstandspostens muß vielerorts noch überwunden werden.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Verbände und gegenüber ist wohl dasselbe geblieben. Die stille Einwirkung auf die Polizei hat auch im letzten Jahre manchen unserer Kollegen aus der Arbeit gedrängt. In Breslau haben unsere wenigen Zimmerer sehr darunter zu leiden. Besonders bezeichnend ist die Haltung der Genossen in Sachsen. In Baugen wurden allein drei unserer Kollegen durch den Terror der Genossen aus der Arbeit gedrängt. Unsere Agitation in Sachsen scheint die Genossen um den Verstand gebracht zu haben. Die Unzulänglichkeit der Genossen überschreitet hier vielfach alles Maß. Wenn dann aus Arbeit und Brot gebrängte Familienwäter Schutz beim Staatsanwalt suchen, schießen die Genossen: „Die Christen liefern Material für die Judthausvorlage.“ Wo aber die eigentlichen Schaffner einer Judthausvorlage sitzen, wird eben geschildderter Terror dem Einseitigen ohne weiteres bemeiden. Kögen aber die Verteilungen noch so groß, die Kampfesart noch so niedrig sein: auch im roten Sachsen werden wir weiter kommen. Sollten 1913 die Terrorismussfälle weiter anhalten, so wird alles aufgegeben werden, die Schulbigen vor dem Gesetz zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Durchführung des Vertrages gab an einigen Stellen Anlaß zum Einschreiten, und wäre besonders einigen Arbeitgebern in den Gebieten Kreuzburg und Kempen zu raten, die Vertragsbestimmungen besser zu beachten. Die Erfahrung hat ihnen doch gezeigt, daß die Arbeiter stark genug sind, diese und ähnliche Dinge zu verhindern. Ueber die Sachabteilungen braucht nicht viel gesagt zu werden, sie verdienen dieses nicht. Das eine darf aber angeführt werden: Ohne „Sich Berlin“ könnte erfolgreichere Arbeit für den Arbeiterstand geleistet werden. Ironie und Akt, als deren beste Stütze sich „Sich Berlin“ anwirft, könnten ebenfalls dadurch nur gewinnen. Nicht ist es die Zahl ihrer Anhänger (dabei weiß die Organisation ja nichts), sondern die verkehrten Ideen, die schädlich wirken.

Der Bauarbeiterschutz läßt in vielen Orten (besonders auf dem Lande) noch zu wünschen übrig. Ein gesundes Baulegitimwesen könnte hier viel zur Verbesserung beitragen. Betonbranche und Jugendbewegung müssen mehr als jeither Beachtung finden.

Die Tätigkeit des Bezirksleiters war folgende: Verselbe nahm teil an 77 Versammlungen, 11 Vorstandssitzungen, 7 Bundesversammlungen, 8 Parteisitzungen, 5 Konferenzen, 4 öffentlichen Versammlungen, 2 Schlichtungskommissionssitzungen, 6 Versammlungen mit anderen Verufen, 12 Sitzungen und Versammlungen in konfessionellen Vereinen. Rechtsschutz wurde den Kollegen in 72 Fällen erteilt, und zwar in 35 Fällen schriftlich und 37 Fällen mündlich. An Geldgewinn wurden erzielt 715,50 M.

An Arbeit wird es auch in diesem Jahre nicht fehlen, denn Unorganisierte gibt es noch viele. Die Konjunkturaussichten sind keine schlechten. Auch in den Orten, wo die Bauzeitigkeit bisher hätte besser sein können, wird es allem Anschein nach Beschäftigung für unsere Kollegen geben. Die Vorbedingungen für ein arbeits- und erfolgreiches Jahr sind also gegeben, nun, wohlun, nutzen wir die Zeit.

Einer Welt von Gefahren haben wir im vergangenen Jahre die Stirne geboten; gekämpft, wenn auch erst nach schweren Stürmen und Opfern, sind wir aus ihnen hervorgegangen. Hierbei gebeten wir dankbar der energigen Unterstützung unseres Zentralvorstandes im Sommer des Berichtsjahres.

Zum Schluß allen Vorstandsmitgliedern sowie allen Kollegen, welche so eifrig an der Ausbreitung und Festigung unseres Verbandes gearbeitet haben, an dieser Stelle meinen besten Dank. Gemeinsam an der Erstarkung und dem Ausbau des Verbandes zu arbeiten, wird unsere

Aufgabe in der Zukunft sein müssen. Einbauern des Ar-
beiten und entschiedenes Wollen, verbunden mit festem
Vertrauen in die gute Sache, ist für uns notwendig.
Dann werden wir allen Strömungen gegenüber stets
gerüstet sein und weitere Erfolge erringen.

Breslau 1, Neuschjestr. 111.

Franz Gottschall, Bezirksleiter.

Verbandsnachrichten.

**Wir machen die Mitglieder in ihrem ei-
genen Interesse darauf aufmerksam, daß am
Sonntag, den 15. Juni, der sechszehnte Wochen-
beitrag fällig ist.**

Eudau. Am Sonntag, den 1. Juni, hielten wir
unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die nur
mäßig besucht war. Kollege Hildebrandt-Berlin sprach
über die diesjährige Lohnbewegung im Baugewerbe.
Notwendig wäre es gewesen, daß alle Kollegen anwesend
waren, damit sie die Höhe des Tarifgedankens immer
mehr verstehen lernen; dieses ist eigentlich die Voraus-
setzung bei allen Lohnbewegungen. Wähten daher unsere
Kollegen die Versammlungen in Zukunft besser besuchen.
Im Juli fällt die Versammlung aus. Nächste Versamm-
lung am 3. August. Dann jeden ersten Sonntag im Mo-
nat regelmäßig um 2 Uhr im Schützenhaus. Kollegen,
vergessen wir nun die Agitation in der Umgegend nicht,
wir wissen, was noch zu tun ist, darum alle Mann
frisch ans Werk, es gilt für uns und unsere Familie!

Mejeritz. Am Sonntag, den 1. Juni 1913, fanden
um 12 Uhr in Mejeritz und um 3 1/2 Uhr in Betsche
christliche Bauarbeiterversammlungen statt, wo Kollege
Müller-Posen über die Notwendigkeit der Berufsorgani-
sation sprach. In Mejeritz, wo bereits eine Anzahl Mit-
glieder zur Verwaltungsstelle Schwerin gehört, traten
15 Kollegen über und in Betsche 18 Kollegen neu ein.
Es wurde von den Kollegen in Betsche beantragt, für
Betsche eine Zahlstelle, die sich der Verwaltungsstelle Me-
jeritz anschließt, zu bilden. Es wurde daher gleich ein
Vorstand gewählt, der aus folgenden Kollegen besteht:
Johann Schulz als erster und Stanislaus Schor als
zweiter Vorsitzender, Johann Pazdziora als erster und
Albert Schmidt als zweiter Kassierer, H. Kargel, Schrift-
führer. In Mejeritz wurden die Kollegen Knack und
Weiser gewählt. Die Begeisterung für die Organisation
ist nun wieder erwacht. Da in beiden Orten tüchtige
Kollegen an der Spitze stehen, ist zu erwarten, daß nun
die Kollegen fest zur Organisation halten, damit auch
endlich dort die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert
werden können.

Bauhilfsarbeiter.

Dortmund. Am 30. Mai fand bei Kroll am Körner-
platz unsere Generalversammlung statt, die leider einen
recht schwachen Besuch aufzuweisen hatte, waren doch
kaum 10 Prozent unserer Mitglieder erschienen. Aus
dem Jahresbericht, welchen der Vorsitzende und der
Kassierer erstatteten, war zu entnehmen, daß wir eine
Einnahme von 8633,45 M hatten. Dieser Einnahme
steht eine Ausgabe von 7025,22 M gegenüber. Davon
sind an die Verwaltungsstelle eingeschickt 6364,41 M.
Der Bestand der Kassa betragt somit 1628,23 M.
Aus dem Bericht konnten wir ersehen, daß wir
noch eine recht große Plutuation zu verzeichnen haben.
Dieses Uebel abzustellen, muß Pflicht eines jeden von
uns sein. Hieraus wurde zum zweiten Punkt der Tages-
ordnung, Vorstandswahl, geschritten. Als erster Vor-
sitzender wurde Kollege Polleis, als Kassierer Kollege
Euler und als erster Schriftführer Kollege Franz gewählt.
Der neu gewählte Vorsitzende erklärte, die Wahl an-
nehmen zu wollen, wenn von seiten der Kollegen mehr
als bisher für ein einmütiges Handhabarbeiten gefordert
würde. Mit einem Hoch auf die Zahlstelle der Bauhilfs-
arbeiter Dortmunds wurde die Versammlung geschlossen.
Am, Kollegen, mit frischem, neuem Mut ans Werk
für die Festigung und Stärkung unserer Zahlstelle. Den
letzten unorganisierten Bauarbeiter, — deren es leider
noch recht viele in unserem Industriebezirk gibt, —
unserem Verbände zugeführt, und die lauen Mitglieder
für einen besseren Versammlungsbesuch aufgerüttelt, auf
daß frisches Leben in unserer Zahlstelle pustert. Das
muß unsere Aufgabe sein. S. P.

Aus der deutschen Gewerkschafts- bewegung.

**Der Zentralverband christlicher Keram- und
Steinarbeiter** hat nach dem Jahresbericht in seinem
Verbandsorgan („Keram- und Steinarbeiterzeitung“,
Nr. 20, 1913) im vergangenen Jahre seine Mitgliederzahl
von 6039 auf 8219 gesteigert, also eine Zunahme von
2200 oder 27 Prozent. Entsprechend der Mitgliederent-
wicklung zeugt auch die Finanzgebarung des Verbandes
von einem wesentlichen Fortschritt. Die Gesamteinnahmen
liegen von 106 000 M auf 135 000 M. Darunter sind
130 000 M regelmäßige Mitgliedsbeiträge. Unter den
Ausgaben befinden sich 26 000 M für Maßregelungen
und Streiks; für Krankengeld und Arbeitslosen-
unterstützung 13 000 M; für Sterbegeld 2000 M; für
Rechtschutz 1200 M Ausgaben. Das Gesamtvermögen des
Verbandes betrug am Jahreschluß 70 000 M und ist
gegenwärtig auf annähernd 100 000 M gestiegen. Der
Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter hat
im vergangenen Jahre 56 Lohnbewegungen geführt, die
sich auf 299 Betriebe und 3083 Mitglieder erstreckten.
In 18 Fällen kam es zu Streiks, an denen 511 Mit-
glieder beteiligt waren. Die anderen Bewegungen konnten

auf friedlichem Wege und mit Erfolg für die Arbeiter
beigelegt werden. Der Verband war am Schluß des
Berichtsjahres an 43 Tarifverträgen beteiligt, die für
502 Betriebe und 4414 Mitglieder Geltung hatten. Durch
die Bewegungen und Tarifausschüsse wurden für die be-
teiligten Mitglieder Lohnaufbesserungen im Gesamtbe-
trage von einer halben Million Mark erzielt. Darin
sind diejenigen Summen nicht enthalten, die den Ar-
beitern dadurch gerettet wurden, daß Lohnabzüge ab-
gewehrt werden konnten. Neben den Lohnerböhrungen
wurde auch noch eine Anzahl sonstiger Verbesserungen
im Arbeitsverhältnis, wie bessere Bezahlung der Ueber-
arbeit, Gewährung von Urlaub, bessere Durchführung
der Arbeiterschutzgesetze und der sanitären Einrichtungen,
die Errichtung von Arbeiterausschüssen usw. durch die
Wirksamkeit der Organisation erzielt.

Der Graphische Zentralverband (dem Gesamt-
verband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen) hielt
zu Pfingsten seine 4. Generalversammlung in Regens-
burg ab. An den zweitägigen Verhandlungen nahmen
Delegierte aus dem ganzen Verbandsgebiet und der Zen-
tralvorstand des Verbandes teil. Dem Geschäftsbericht
des Zentralvorstandes über die dreijährige Berichtsperiode
sind einige beachtenswerte Zahlen entnommen. Die Mit-
gliederzahl ist von 1452 am Schluß des 1. Quartals
1910 auf 2429 am Schluß des 1. Quartals 1913 ge-
stiegen. Die Zunahme betrug also 977 Personen. In
ähnlich günstiger Weise haben sich die Kassenverhältnisse
entwickelt. Am Schluß des 1. Quartals 1910 ver-
fügte der Verband über 16 727,64 M, am Schluß des
Jahres 1912 über 37 252,84 M. Der Verband hat eine
Anzahl von Lohnbewegungen geführt, von denen einige
zum Streik führten. Besonders bekannt geworden ist
das Ringen des Verbandes um das Koalitionsrecht in
Revelar, das mit Erfolg beendet wurde. Besonders
bemerkenswert ist, daß der Verband in den eigentlichen
graphischen Berufen (Lithographie- und Steindruck-
gewerbe usw.) nur schwer vorankommen kann. Die Mehr-
zahl der Mitglieder besteht aus Buchbindern und Pa-
pierarbeitern. Man braucht sich darüber nicht zu ver-
wundern, denn in keinem Gewerbe ist die Sozialdemo-
kratie so brutal auf die Terrorisierung der Arbeiter ein-
gerichtet, wie im graphischen. Die Lehrlinge werden
systematisch in den Senefelderbund (früher Verband der
Lith- und Steinbr.) gezwängt. Jahrelang hat der
Graphische Zentralverband gegen den Monopolkartell des
Chemigraphengewerbes angeknüpft, aber leider ohne Er-
folg. Die Satzungen des Verbandes wurden neu for-
muliert, eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. für alle
männlichen Mitglieder einmütig beschlossen. Gleichzeitig
wurde dem Zentralvorstand anheimgegeben, einen eigenen
Beamten für die Papierarbeiter anzustellen und — so-
bald die Finanzen dies gestatten würden — einen Agi-
tationsbeamten für Süddeutschland. Eine Neueinteilung
des Verbandsgebietes in 10 Bezirke wurde nach den
Vorschlägen des Zentralvorstandes angenommen. Zur
Jugendfrage referierte der Verbandssekretär und legte
die nachstehenden Leitätze für die Jugendarbeit vor,
die einstimmig angenommen wurden.

1. Eigene Jugendabteilungen dürfen nicht gebildet
werden; um so eifriger sollen die Mitglieder in den
konfessionellen Jugendvereinen im Sinne ihrer Standes-
bzw. Berufsorganisation tätig sein.
2. Besonderes Gewicht ist darauf zu legen, daß die
den graphischen Berufen angehörigen Lehrlinge recht-
zeitig über den Charakter des Verbandes der Litho-
graphen und Steinbrucker (Senefelderbund) aufgeklärt
werden.
3. Wo in den Ortsstellen noch kein Jugendaus-
schuß besteht, soll die Bildung eines solchen durch unsere
Mitglieder angeregt und nachdrücklich gefördert werden.
Außer der Neueinführung einer Militärunterstützung
wurde an dem Unterstützungswesen, das bereits überaus
gut ausgebaut ist, nichts geändert. Möge sich der Ver-
band in den nächsten Jahren recht gut weiter entwickeln,
damit er seine schweren Aufgaben stets erfüllen kann.
Den nicht-sozialdemokratischen Graphikern, Buchbindern,
dem Hilfspersonal in diesen Gewerben und den Papier-
arbeitern, die dem Graphischen Zentralverband noch nicht
angehören, sei der Eintritt in diesen Verband dringend
empfohlen. (Sitz des Verbandes: Köln, Senloerwall 9.)

Aus ausländischen Gewerk- schaften.

Im österreichischen Baugewerbe fand die Ver-
handlungen über die neuen Tarifverträge nach 6-monat-
licher Dauer nun ebenfalls zu einem friedlichen Ende
gekommen. Von der Vertragsrenewierung wurden un-
gefähr 150 000 Bauarbeiter betroffen. Sie bezog sich
auf die Berufe der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer,
Dachdecker, Gipssdielenarbeiter, Ziegelerbeiter, Schlosser,
Sengler, die Wiener Maler und Anstreicher, sowie auf
Verträge in Deutsch-Böhmen, Mähren, Schlesien, Nieder-
österreich und die Steiermark. Auch in Oesterreich streben
die Unternehmer die Zentralisierung des Tarifvertrags-
wesens an. Dadurch war bei der jetzigen Vertrags-
renewierung die Möglichkeit eines Riesenkampfes verschie-
dentlich in recht bedrohliche Nähe gerückt, denn die Un-
ternehmer hatten zuerst die Bedingung gestellt, daß alle
Verträge gleichzeitig erneuert werden müßten; jeder Ver-
trag sollte nur dann Geltung haben, wenn alle anderen
Verträge zum Abschluß gekommen wären. Die Einigung
erfolgte schließlich auf einer mittleren Linie. Sie bringt
den Arbeitern recht ansehnliche materielle Vorteile. So
erhalten z. B. die Wiener Maurer eine Lohnerböhrung von
8 Heller während der Vertragsdauer; sie erreichen damit
eine Lohnhöhe von 68 Hellern. Den größten Erfolg er-
zielten die qualifizierten Betonarbeiter, deren Stunden-
löhne während der Vertragsdauer um 14 Heller stiegen.
Es muß hierbei allerdings berücksichtigt werden, daß die
Lohnverhältnisse bei dieser Branche noch sehr darnieder-

Trockene Wäsche
durch die echten Patent-Kosmos-Tafeln.
Prospekt Nr. 612 a und Muster umsonst.
M.W. ANDERNACH, BEUEL A. RHEIN.

lagen, denn der Stundenlohn erreicht nach Eintritt der
genannten Lohnerböhrung erst die Höhe von 54 Heller.
— Die jetzt zum Abschluß gekommene Vertragsrenewierung
ist das bedeutendste Ereignis in der bisherigen Tarif-
geschichte Oesterreichs. Diese ist damit in eine neue wichtige
Entwicklungsperiode getreten.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

**Die Arbeitsnachweise im Deutschen Reich am
Schlusse des Jahres 1912.** Das Ministerium des Reichs
arbeitsamts teilt die vorläufigen Ergebnisse der vom
Kaiserl. Stat. Amt über den Stand der Arbeitsnach-
weise angefertigten Erhebungen mit. Nach dem bisher ein-
gegangenen Material wurden insgesamt 2224 Arbeitsnach-
weise gezählt, die für die Arbeitsvermittlung eine be-
sondere Einrichtung besitzen und fortlaufende Nachwei-
sungen machen. Gewerksmäßige, rein philanthropische
und Lehrlingsstellennachweise wurden in die Erhebung
nicht einbezogen. Von 1905 über vermittelte Stellen
berichtenden Arbeitsnachweisen konnten im Jahre 1912
rund 3 600 000 Stellen besetzt werden, während im Jahre
1909 1 439 Arbeitsnachweise nur rund 1 900 000 Stellen
vermittelt haben. Auf die einzelnen Gruppen verteilen
sich die Arbeitsnachweise wie folgt: In Händen der Ge-
meinden, Kreise usw. sind 382 Arbeitsnachweise, in Hän-
den der Herbergen und Wanderarbeitsstätten 225, land-
wirtschaftliche Arbeitsnachweise wurden 97 ermittelt, in
Händen der Innungen 561, der Arbeitgeber 114, der An-
gestellten 90, der Arbeiter 547, der Arbeitgeber und
-nehmer (paritätische Arbeitsnachweise) 129, sonstige 79.

**Eine außergewöhnlich große Einwanderung in
den Vereinigten Staaten von Nordamerika.** Die
Einwanderung im jetzigen Fiskaljahre ist in den Ver-
einigten Staaten ganz außergewöhnlich groß. Während
im letzten Fiskaljahre, das bis zum 30. Juni 1912 lief,
insgesamt 838 172 Personen eingewandert sind, betrug
die Einwanderung in den ersten neun Monaten des
jetzigen Fiskaljahres vom 1. Juli 1912 bis zum 31. März
1913 bereits 888 899 Personen. In diesen neun Mo-
naten waren bereits mehr Personen eingewandert als
in den vorausgegangenen 12 Monaten. Voraussichtlich
wird die Einwanderung im gesamten Fiskaljahr 1912-13
nicht viel unter 1 250 000 Personen bleiben.

Gerichtliches.

Gorchheim. Wegen Entwendung der Wasserröhre
eines unserer Mitglieder wurde der freigeordnete
Maurer Joh. Georg Gügel von Heroldsbach wegen Dieb-
stahls zu 1 Tag Gefängnis und Tragung der Kosten
verurteilt; die Ausrede, er habe nicht gewußt, daß die
diesem Kollegen gehöre, verhalf ihm zu diesem ge-
ringen Urteil.

**Die Haftung des Abbruchunternehmers für Un-
fälle beim Hausabbruch.** Urteil des Reichsgerichts vom
24. Mai 1913. sk. Leipzig, 24. Mai (Nachdruck
verboten.) Selbstverständlich ist ein Abbruchunternehmer
verpflichtet, die für Abbrucharbeiten bestehenden Vor-
schriften zu beachten und die nötigen Schutzmaßregeln
zu ergreifen, um Verletzungen des Publikums zu ver-
hindern. Eine Unterlassung in dieser Hinsicht macht ihn
schadensersatzpflichtig. Trifft dies aber auch zu, wenn
jemand in den Bereich der Abbrucharbeiten tritt, um,
wie im nachstehenden Falle, etwas abzuholen? Diese
Frage ist vom Reichsgericht nach dem Vorgange der
beiden ersten Instanzen verneint worden. Der Baumeister
Hegeler in Oldenburg hatte die Ausführung eines
Abbruchs übernommen, die unter Leitung seines Sohnes
im November 1911 begann. Hinter dem abzureißenden
Haus befand sich eine hölzerne Laube, die E. an einen
gewissen G. verkaufte. Am 7. November forderte er
diesen auf, die Laube abzuholen. Dies geschah auch
am 8. November. E. erschien mit seinem Sohne, mit
dem er das Holz auf sein Geschäft lud. Das Heraus-
schaffen des Holzes, das durch den Haussturz des im Ab-
bruch befindlichen Hauses, und zwar während der Früh-
lingspause geschehen mußte, war, soweit die gekaufte
Laube in Betracht kam, schon beendet, als E. noch einmal
ins Haus zurückging. Inzwischen begannen die Arbeiter
wieder, und ein auf dem ersten Stockwerk beschäftigter
Arbeiter H. reichte dem vor dem Hause stehenden Sohne
E. eine Latte zu, die er mit dem Rufe „Achtung!“ los-
ließ. Beim Umfallen traf sie den gerade aus dem
Haus kommenden G. und schlug ihn nieder. Für diesen
Unfall nahm er den Baumeister H. in Anspruch. Seine
Klage auf Schadensersatz wurde aber vom Land-
gericht Oldenburg abgewiesen, weil der Sachlage
nach von einer Schuld des Beklagten oder seiner Leute
nicht die Rede sein könne. Wenn jemanden Schuld träfe,
dann wäre es der Sohn des Klägers, der ja gemußt habe,
daß sein Vater ins Haus gegangen war, und die Gefahr
für ihn habe erkennen müssen. Das Oberlandes-
gericht Oldenburg wies die vom Kläger eingelegte
Berufung zurück und bestätigte die Abweisung der Klage.
Das Berufungsgericht gab dazu u. a. folgende Gründe:
Es komme darauf an, ob der beklagte Baumeister, wie
der Kläger behauptete, die nötige Aufsicht auszuüben, schuld-
haft unterlassen habe. Der Beklagte habe nun kei-
besondere Aufsicht auszuüben brauchen, weil die Schutz-
massen beim Abbruch nur innerhalb des Hauses hinunter-
gelassen worden seien. Entscheidend sei, daß hier das
bei Abbrucharbeiten im allgemeinen an Absperren-

maßregeln zu Forberude auch geschieden sei. Auch der Sohn des Baumeisters habe das Hinablassen der Latte unbedenklich anordnen dürfen, und eine besondere Abfertigung sei nicht nötig gewesen. Es hätten sich ja auch für diejenigen, die das Haus betraten, keine solchen treffen lassen. Scheide also eine Haftung des Baumeisters in dieser Hinsicht aus, so könne sie auch nicht daraus abgeleitet werden, daß der Kläger vom Beklagten aufgefordert worden sei, die Latte unbedingt fortzuschaffen. Außerdem sei ja nicht erwiesen, daß das Holz, das der Kläger bei dem fraglichen Gange geholt habe, überhaupt noch zu der Latte gehört habe. Leichtsinigerweise habe er durch Betreten des Hauses nach wieder begonnener Abbruch den Unfall selbst verschuldet. — Das Reichsgericht trat diesem Urteil bei. Es wies deshalb die von dem Kläger eingelegte Revision als unbegründet zurück. (Mitteltage VI. 18/13.)

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Sachverständigenberichte, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuenden.)

Bogens (Bauunfall). Am Donnerstag, den 5. Juni, führte infolge eines Wirbelsturmes am Neubau Schrader in der Drüsenbergstraße die Giebelmauer ein. Untere Mitglieder, die Kollegen Koch und Köhne, welche im Gedränge mit Verlegen von L-Trägern beschäftigt waren, wurden durch die einstürzende Mauer verletzt. Der Kollege Köhne erlitt bedeutende Kopfwunden und mußte mittels Krankenwagen zum Krankenhaus gebracht werden. Die Ursache des Unfalls ist in der Hauptsache auf einen Gewittersturm zurückzuführen, aber der Wind hatte deshalb leichtes Spiel, weil die Giebelmauer ohne jede Verbindung durch die Mittelwand ein Stockwerk in die Höhe geführt war. Eine Abstützung wäre unbedingt bei dem windigen Wetter notwendig gewesen.

Bücherchau.

Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland. Von Joseph Stüder. (Soziale Tagesfragen, Heft 39.) Zweite, erweiterte Auflage. gr. 8° (41). M. Gladbach 1913.

Volksbroschürenverlag GmbH. 60 Pf., postfrei 70 Pf. Inhalt: 1. Der „Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“. 2. Die „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands“. 3. Neuorganisation der sozialistischen Jugendbewegung. 4. Tätigkeit und Ziele der sozialistischen Jugendbewegung, beurteilt aus Ihren Verbandsorganen.

Mit jähem Eifer bemüht sich die Sozialdemokratie bereits seit Jahren, die heranwachsende Jugend in das sozialistische Fahrwasser hineinzuleiten. Sie hat keine Schwierigkeiten gesehen, um ihrem Ziele, sei es auch auf den gemündeten Umwegen, näher zu kommen. Das Ziel schien ihr des Schweißes wert, denn mit Recht sagte sie sich: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Aber auch auf bürgerlicher Seite hat man den großen Zukunftswert unierer Jugend und ihre gefährliche Bedrohung erkannt. Überall bemüht man sich zurzeit um die Jugend, allenthalben werden Winke erteilt und Wege gewiesen. Bei dieser Arbeit um die Jugend ist es aber unbedingt notwendig, vorher über den Werdegang und die Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Jugendbewegung unterrichtet zu sein. Die Möglichkeit, sich hierüber kurz und treffend zu orientieren, bietet die vorliegende Schrift, welche eine bisher sehr vermehrte zusammenfassende Übersicht über die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Jugendbewegung darstellt. Jeder Jugendfreund muß das Büchlein, dessen erste Auflage in wenigen Monaten vergriffen war, zu seinen Schriften zählen.

Verlammungskalender.

Berlin (Maurer). Am Donnerstag, den 19. Juni, abends 9 Uhr, Versammlung bei Komotnick. Es wird ein wichtiger Vortrag gehalten.

Bekanntmachungen.

Das Protokoll über die 9. (außerordentliche) Generalversammlung ist fertiggestellt und kann von der Zentrale bezogen werden. Der Preis ist auf 15 Pf. festgesetzt. Die Verwaltungsvorstände wollen sofort für den Vertrieb sorgen.

Wir verweisen an dieser Stelle nochmals die Zahlstellenvorstände des rheinisch-westfälischen Industriegebiets auf die seitens des Kollegen Meyer-Effen ergangenen Einladungen zur 1. westdeutschen Konferenz der evangel. Kollegen unseres Verbandes.

Diese Konferenz findet am 22. Juni, nachmittags 2 Uhr im Kriegerheim zu Essen, Bahnhofstraße 45, statt. Jede Zahlstelle des rheinisch-westfälischen Industriegebiets hat mindestens einen evangel. Kollegen zu entsenden. Die Kosten tragen die Lokalkassen.

Der Hauptvorstand.

Aufforderung.

Wer den Aufenthalt des Maurers Karl Nolte, geboren zu Duderstadt am 25. März 1895, weiß, wird ersucht, dieses dem Unterzeichneten mitzuteilen.

R. Zumbrodt, Hannover, Kanonenwall 16.

Sterbetafel.

Am 28. Mai starb unser treuer Kollege Franz Bachus im Alter von 53 Jahren an Lungenschwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

Licht
400000
fach in Gebrauch
und bewährt!

Alle anderen Beleuchtungen wert überlegen!

Heinrich Stachehl, Maurerstr.
Berlin, Weidenweg 33

Landhausbau

Übernahme von Messer- und Zimmerarbeiten, Neu- und Umbauarbeiten, Laub-Ansbrüche.

Spezialität: **Restoration aller Holzarten auf ganz sichere Weise.**

Übernahme ganzer Bauten hier und auswärts in Entreprise. Anschläge kostenlos und franco. Kulante Bedienung.

Nr. 1285: Hochleganter

Holztafelkastenwagen

Marko weisser Elfaust - Modell 1213 dunkelblau und ölig, mit Gummirädern M. 33.-

Erspricht hygienisch allen Anforderungen. - Verl. Sie Prachtkatalog Nr. 223 gratis u. franco.

Westfälische Kleingewerbe-Industrie Brauns Nickerhausen a. Sauerbrück.

Eine Uhr schenken wir Ihnen,

wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat es richtig u. verlässlich gehend. Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns Mk. 6.-, worauf wir Ihnen die Uhr schicken.

J. Stern Co., jetzt Berlin W 80,
Münchener Straße 49, Abt. 5

NATIONAL

Für jeden Radfahrer unentbehrlich

Spezialität: **Landhausbau**

Schnelle Aderführung, Kostensparnis, gratis

Sauberste Ausführung, keine Inkrustierungen, in billigsten Preisen

Lieferung von Holz- u. Metallarbeiten - Kleingewerbe-Industrie Brauns Nickerhausen a. Sauerbrück

Zögern Sie nicht!!

Verlangen Sie umgehend gratis und franco unseren illustrierten Pracht-Katalog für gut erhaltene

Herrschaftskleider.

Für den Besitzer kein Risiko, da für Nichtpassendes Geld zurück. Einige Beispiele:

Sacco-Anzüge von M. 7.- bis M. 25.-, Überzieher und Ueber von M. 3.- bis M. 25.-, Gehrock-Anzüge von M. 12.- bis M. 25.-, einzelne Hosen und Saccos von M. 2.50 an.

N. Kurzmantel & Cie., München 2,
Josephplatzstr. 1, Ecke Kreuzstraße.

Ingenieur-Akademie

Wismar a. d. Ostsee

für Maschinen- u. Elektro-Ing. Bau-Ing. und Architekten.

Prima Werkzeuge

liefert als Spezialität für Stukkateure

Karl Engels,
Werkzeugfabrik,
Egen I. Westf.

Kataloge gratis.

Paul Matschull, Baugeschäft,
Kantendorf a. Ostbahn, Zanderstr. 21

Spezialität: **Landhausbau**

Schnelle Aderführung, Kostensparnis, gratis

Sauberste Ausführung, keine Inkrustierungen, in billigsten Preisen

Lieferung von Holz- u. Metallarbeiten - Kleingewerbe-Industrie Brauns Nickerhausen a. Sauerbrück

Zyminobau

Novella wirkt wunderbar!

Herr J. Wasse, Kaufmann i. Mainz, schreibt uns: „Ihr Bartschmitt-Novella Nr. II hat bei mir wunderbar gewirkt. In zwei Wochen erzielte ich ein prachtvolles Schnurr. usw.“

Preis pro Dose Nr. I M. 2.-, Nr. II M. 3.-, Nr. III M. 6.-

Nur zu beziehen von **Kosmische Anstalt** in Luxemburg-gare 109.

Wasschen

Taschemin

wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Verkaufr franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben

Vogt & Co., Heidelberg A 39.

Julius Minner.

Spezialität: **Gamaschenfabrikation**

Ihr Sport, Spiel, Straße und Arbeit in prima Stoffen, Filz usw.

Bei Lieferung in ganze Vertriebs Extra-Vergünstigung.

Großes Lager von **Hundesport-Artikeln.**

Exklusiv Fabrikate. = Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Berlin S. 14, Annenstr. 44.

= Man verlange kostenlosen Vertreterbesuch =

Verfassungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.

Alteneffen:
Heinrich Köhler, Effenherberstr. 11, 14 Tage Samstags-Versammlung.

Borbeck:
Gerhard Köhler, Christliches Gewerkschaftshaus, alle 14 Tage Samstags-Bauarbeiter-Versammlung.

Caternberg:
Verbandslokal Eberh. Götter, Borbeck 14. 14-tägig Samstags-Versammlung.

Effen-Mittenscheid:
Hermann Düres, Markt 49, Versammlung der F., St. und G.

Effen:
Karl Köhler, Joh. Conrad Meister, Verbandslokal der Christl. Gewerkschaft, alle 14 Tage Samstags-Versammlung.

Effen:
Karl Köhler, Joh. Conrad Meister, Verbandslokal der Christl. Gewerkschaft, alle 14 Tage Samstags-Versammlung.

Emil Hohfeldt,
Dresdner-Str. 4, Ritterstraße 2 u. 4

Spezialität: Bekleidungs- und Versand-Berufsbekleidung

Spezialität: Bekleidungs- und Versand-Berufsbekleidung

Spezialität: Bekleidungs- und Versand-Berufsbekleidung

Effen-Deff:
Verbandslokal der Bauwerk. J. Heinr. Köhler, Markt 223.

Krah-Deff:
Verbandslokal Eberh. Götter, Borbeck 14. 14-tägig Samstags-Versammlung.

Rotthausen:
Verbandslokal Eberh. Götter, Borbeck 14. 14-tägig Samstags-Versammlung.

Steele:
Verbandslokal bei S. Köhler, Markt 2. alle 14 Tage Samstags-Versammlung.